Dietmar Hübner

Die Bilder der Gerechtigkeit

Zur Metaphorik des Verteilens

mentis
PADERBORN
INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort ............................................ 7

EINFÜHRUNG ................................. 13

1  DER STAND DER DISKussion ................. 15
2  DIE EINORDNUNG DES THEMAS ................ 22
3  DER ANSATZ DER UNTERSUCHUNG ............ 47

ERSTER TEIL: DIE VERTEILUNGSKRITERIEN ........... 67

1  DIE GRUNDLEGENDEN Klassifikationen .......... 69
   1.1 Kriterientypen und Kriterienparameter ........ 69
   1.2 Güterwerte und Nutzenwerte ..................... 78
   1.3 Individuen und Kollektive ....................... 92

2  DIE WICHTIGSTEN KRITERIEN .................... 95
   2.1 Drei Zustandskriterien:
       Prosperismus, Egalitarismus und Sozialismus .... 101
   2.2 Drei Verfahrenskriterien:
       Majorismus, Aleatorismus und Liberalismus ........ 131
   2.3 Zwei weitere Kriterien: Meritokratie und Aristokratie . ......... 164

3  DIE MÖGLICHEN KOMBINATIONEN ................. 177
   3.1 Hybride ........................................ 179
   3.2 Partitionen ....................................... 184
   3.3 Hierarchien ...................................... 192
<table>
<thead>
<tr>
<th>Teil</th>
<th>Thema</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1</td>
<td>Der Utilitarismus: Das Bild des Abstands</td>
<td>203</td>
</tr>
<tr>
<td>1.1</td>
<td>Der Ansatz eines direkten Beweises</td>
<td>205</td>
</tr>
<tr>
<td>1.2</td>
<td>Der Ansatz eines indirekten Beweises</td>
<td>222</td>
</tr>
<tr>
<td>1.3</td>
<td>Der ideale Beobachter: Wohlwollen und Abstand</td>
<td>241</td>
</tr>
<tr>
<td>1.4</td>
<td>Verschwindende Unparteilichkeit: Nulldistanz, Egoismus und Aleatorismus</td>
<td>246</td>
</tr>
<tr>
<td>1.5</td>
<td>Beschränkte Unparteilichkeit: Äquidistanz, Intuitionen und ein Hybrid</td>
<td>260</td>
</tr>
<tr>
<td>1.6</td>
<td>Vollständige Unparteilichkeit: Maximaldistanz, Persongrenzen und Prosperismus</td>
<td>268</td>
</tr>
<tr>
<td>1.7</td>
<td>Das Verlassen des Bildes</td>
<td>270</td>
</tr>
<tr>
<td>2</td>
<td>Der Equalismus: Das Bild der Entkleidung</td>
<td>279</td>
</tr>
<tr>
<td>2.1</td>
<td>Von der Gleichheit der Eingriffs- und Handlungsfreiheit zur Gleichheit der Güter</td>
<td>281</td>
</tr>
<tr>
<td>2.2</td>
<td>Von der Gleichheit der Willensfreiheit zur Gleichheit der Güter</td>
<td>297</td>
</tr>
<tr>
<td>2.3</td>
<td>Die psychosoziale Dekontingentalisierung: Respektieren und Entkleidung</td>
<td>303</td>
</tr>
<tr>
<td>2.4</td>
<td>Verschwindende Unparteilichkeit: Eingriffsfreiheit, Handlungsfreiheit und Liberalismus</td>
<td>309</td>
</tr>
<tr>
<td>2.5</td>
<td>Beschränkte Unparteilichkeit: Verantwortetes, Unverantwortetes und eine Partition</td>
<td>315</td>
</tr>
<tr>
<td>2.6</td>
<td>Vollständige Unparteilichkeit: Willensfreiheit, Expressivität und Egalitarismus</td>
<td>334</td>
</tr>
<tr>
<td>2.7</td>
<td>Das Verlassen des Bildes</td>
<td>361</td>
</tr>
<tr>
<td>3</td>
<td>Der Kontrakualismus: Das Bild der Verhüllung</td>
<td>374</td>
</tr>
<tr>
<td>3.1</td>
<td>Klassischer Kontrakualismus und Spieltheorie</td>
<td>376</td>
</tr>
<tr>
<td>3.2</td>
<td>Moderner Kontrakualismus und Entscheidungstheorie</td>
<td>417</td>
</tr>
<tr>
<td>3.3</td>
<td>Der faire Urzustand: Klugheit und Verhüllung</td>
<td>422</td>
</tr>
<tr>
<td>3.4</td>
<td>Verschwindende Unparteilichkeit: Gewissheit, Maximum und Majorismus</td>
<td>427</td>
</tr>
<tr>
<td>3.5</td>
<td>Beschränkte Unparteilichkeit: Risiko, Erwartungswerte und eine Hierarchie</td>
<td>431</td>
</tr>
<tr>
<td>3.6</td>
<td>Vollständige Unparteilichkeit: Unsicherheit, Maximin und Sozialismus</td>
<td>445</td>
</tr>
<tr>
<td>3.7</td>
<td>Das Verlassen des Bildes</td>
<td>472</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Inhaltsverzeichnis

ABSCHLUSS ....................................... 481
1 Rückblick und Zusammenfassung .................... 483
2 Umsetzungen und Grenzen .......................... 491
3 Ausblick und Deutung ................................ 498

ANHANG ......................................... 501
Literaturverzeichnis ................................... 503
Personenregister .................................... 513
EINFÜHRUNG
1

DER STAND DER DISKUSSION

Gerechtigkeit ist stets eines der herausragenden Themen der Ethik gewesen, und namentlich in jüngerer Zeit scheint sich sogar die Mehrzahl der moralphilosophischen Arbeiten um diesen Begriff zu gruppieren. Dabei hat in jenen neueren Arbeiten ein spezieller Bereich der Gerechtigkeit besondere Beachtung gefunden, nämlich der Bereich der Verteilungsgerechtigkeit. Auch das vorliegende Buch bewegt sich in diesem Problemfeld, will also Überlegungen zu der Frage anbieten, wie Verteilungen von Gütern zu gestalten sind, damit sie als gerecht gelten können. Zu diesem Zweck untersucht es sowohl die Logik und den Zusammenhang verschiedener Verteilungskriterien, die als distributive Maßstäbe vorgeschlagen werden, als auch die tiefe Struktur philosophischer Begründungsverfahren, die zur Herleitung jener Kriterien dienen sollen.


Bereich gegenwärtig tiefgreifenden Veränderungen unterliegt und divergierende Beurteilungen erfährt.

Das bedeutet keineswegs, dass diese Schwerpunktsetzung von nun an unverändert bestehen bleiben müsste: Es wäre naiv zu glauben, dass sämtliche Fragen der Freiheitsgerechtigkeit für alle Zeit und zu völliger Zufriedenstellung beantwortet wären. Überdies sind beide Bereiche durchaus nicht so vollständig voneinander zu trennen, wie es zunächst den Anschein hat: Güterfragen und Freiheitsfragen kommen in mancherlei Hinsicht zur Berührung, nicht zuletzt im Problem des legitimen Zugriffs auf privates Eigentum.

Ungeachtet dieser Bezüge hat sich die Verteilungsgerechtigkeit zu einem eigenständigen Gebiet philosophischer Aktivität entwickelt, das gesonderter Betrachtung zugänglich ist. Und inzwischen ist es sogar keineswegs einfach, sich über die relevanten Positionen in diesem Gebiet einen Überblick zu verschaffen. Schon die Anzahl der unterschiedlichen Verteilungskriterien in all ihren möglichen Varianten und Kombinationen ist vergleichsweise groß, und die zu ihrer Rechtfertigung vorgetragenen Begründungsverfahren sind überaus elaboriert und nuanciert. Die Frage ist daher berechtigt, wie eine weitere Untersuchung auf diesem Gebiet sich der bereits geleisteten Arbeit gegenüber positionieren kann und welchen Beitrag zur Diskussion sie leisten zu hoffen darf.

(2) Es gibt mittlerweile eine weit fortgeschrittene und entsprechend differenzierte Diskussion der verschiedenen Kriterien, nach denen Verteilungen vorgenommen werden können, und auch der unterschiedlichen Begründungen, aus denen solche Kriterien zu gewinnen sind. Diese avancierte Diskussion hat indessen nicht dazu geführt, dass sich ein bestimmter Ansatz als anerkanntermaßen überlegen etabliert hätte, indem er geeignet gewesen wäre, seine Konkurrenten entweder der Unhaltbarkeit zu überführen oder sie in sein eigenes Konzept zu integrieren. Unter den Autoren der Verteilungsgerechtigkeit herrscht alles andere als Konsens, und weder eine homogene Gesamtperspektive auf die Problematik noch gar eine grundsätzliche Einigkeit über ihre Lösung lässt sich derzeit ausmachen. Der gegenwärtige Stand gleicht eher einem vormals erbitterten, inzwischen nahezu erstarrten Streit unterschiedlicher Schulen. Die wesentlichen Argumente scheinen ebenso vollständig benannt wie unversöhnlich divergent zu sein. Und zumindest teilweise geht die Tendenz sogar in die Richtung eines resignativen Verzichts auf philosophische Klarungsbemühungen.

So ziehen einige Autoren unverhohlen die Bilanz, in der Verteilungsdebatte herrschten ein ungeregelter »pluralismus« und eine wirre »cacophony«, angesichts derer nicht allein die Entscheidung für eine Verteilungsform, sondern bereits die Orientierung über die Begründungsalternativen unmöglich zu werden drohe.1 Weder sei ein zustimmungsfähiges Resultat der Diskussion zwischen Egalitaris-

---

1. Der Stand der Diskussion


Vor dem Hintergrund scheinbar unhintergebarer distributiver Dissonse sehen es andere Autoren indessen mittlerweile als ihre Aufgabe an, nicht mehr selbst distributive Kriterien und Begründungen vorzutragen, als vielmehr die partizipativen Grundlagen zu bestimmen, denen ein fairer «process» bei der Auffindung gemeinsamer «solutions» im Bereich der Güterverteilungen genügen muss.\(^3\) Zuweilen wird diese Fokussierung auf die partizipative Gestalt distributiver Entscheidungen auf die Formel gebracht, dass von strukturellen zu prozeduralen Gerechtigkeitsargumenten übergegangen werden solle. Diese Beschreibung ist allerdings unge- nau, denn auch unter den üblichen und umstrittenen Verteilungskriterien finden

---

\(^1\) Ebd., 106.

sich allemal prozedurale Modi wie etwa Auslosung oder Markt. Vor allem kann der geforderte faire Prozess sich nicht in einer simplen mehrheitlichen Abstimmung erschöpfen, sondern muss sich als gemeinsame praktische Beschlussfassung qualifizieren, d.h. es müssen Gründe in ihm vorgebracht und abgewogen werden, die »fair-minded« people als »relevant« akzeptieren könnten. Nur in einigen Fällen wird man davon ausgehen dürfen, dass jene legitimen Gründe ihrerseits das Kriterium der Mehrheitsentscheidung sprechen. In anderen Fällen wird man damit rechnen müssen, dass fairorientierte Menschen andere Kriterien wie etwa Wohlstand oder Gleichheit bevorzugen würden.


Das Distributive ist Gegenstand des Partizipativen, nicht dessen Teil, und mithin ist es in dessen Vollzug zu verwirklichen, nicht aber durch dessen Realisierung zu ersetzen. Wenn es der partizipativen Gerechtigkeit entspricht, Verteilungsentcheidungen in genauer zu bestimmender Weise demokratisch zu treffen, so ist damit die Frage nach der distributiven Gerechtigkeit nicht beantwortet, die jene Verteilungen haben sollten bzw. der diese Entscheidungen folgen sollten. Die große Bedeutung, die der Verwirklichung von Partizipationsrechten berechtigerweise beigemessen wird, liegt genau darin, dass es bei ihrer Wahrnehmung um allgemein moralische und speziell gerechtigkeitsrelevante Aufgaben geht. Wenn also insbesondere mit Blick auf Verteilungen gefordert wird, angemessene Mitwirkungsformen zu entwickeln, verrät gerade der Ernst dieser Forderung den distributiven Anspruch, unter welchen sie die Beteiligten stellt. Auseinandersichtig dieses Anspruchs aber bleibt die Ethik aufgefordert, mögliche Verteilungskriterien zu diskutieren und, soweit möglich, zu beurteilen. Der wichtige Verweis auf die

4 Ebd., 12.
Kläring partizipativer Strukturen kann daher nicht, wie es bisweilen intendiert zu sein scheint, eine Rechtfertigung dafür liefern, den Problemen der distributiven Gerechtigkeit auszuweichen.

(3) Dabei wird man die Vielfalt der Ansätze, denen man in der Verteilungsge rechtigkeit begegnet, als Herausforderung begreifen müssen, die zu bewältigen ist. Dies mag nicht in dem Sinne geschehen, dass man sie monistisch reduziert, aber es könnte die Form annehmen, dass man sie kategorial strukturiert. Denn selbst wenn man nicht mehr glaubt, die gegenwärtige Pluralität in der Verteilungsgerechtigkeit zugunsten eines einzigen bereits bekannten oder erst noch zu findenden Ansatzes auflösen zu können, so lässt sich dieser Pluralität vielleicht ein anderer Akzent abgewinnen, als dass sie lediglich einen unauflöschlichen Streit unvereinbarer Standpunkte dokumentierte. Vielleicht lässt sich dafürhalten, dass die ethische Wahrheit in der Verteilungsgerechtigkeit eben nur durch eine Pluralität von Positionen abgebildet werden kann, weil der vorliegende Gegenstand grundsätzlich eine Vielfalt von Zugängen eröffnet, dass diese Pluralität aber einer erhellenden Ordnung zugänglich ist.

Eine solche Perspektive würde nicht so sehr die Defizite betonen, welche verschiedene Positionen der Verteilungsgerechtigkeit wechselseitig aneinander feststellen, sondern eher die Errungenschaften hervorheben, welche die einzelnen Ansätze zu einem Gesamtbild der Verteilungsgerechtigkeit beizutragen imstande sind. Sie würde die Kriterien und Begründungen vornehmlich in den Ergänzungen wahrnehmen, die sie zueinander leisten, statt allein die Konkurrenzen zu rezipieren, in denen sie gegeneinander stehen. Allerdings darf eine solche Perspektive nicht in einen unbekümmerten Eklektizismus verfallen, sondern muss tiefe Bezüge kenntlich machen, wobei sie vor allem zu untersuchen hat, wo sich Kriterien sinnvoll zueinander fügen und wo Begründungen alternativ oder inkommensurabel bleiben. Dies kann letztlich nur gelingen, indem die bestehende Vielfalt in eine übergreifende Struktur gebracht wird, die unter anderem Aufschluss darüber gibt, welche Spannungen versöhnbar sind und welche Differenzen notgedrungen aufgrund disparater Annäherungsweisen an den ethischen Gegenstand entstehen.

Wer die Verteilungsdebatte verfolgt, wird bald bemerken, dass es wenig Sinn hat, Verteilungskriterien isoliert zu diskutieren und zu evaluieren. Denn welche Vorzüge und Nachteile sie jeweils haben, wird nicht allein durch die Lektüre von Vertretern je anderer Kriterien klarer, sondern stellt sich vor allem erst im Lichte jener alternativen Kriterien vollständig dar, d.h. angesichts von deren Vorzügen und Nachteilen. Die ethische Würdigung der verschiedenen Kriterien wie Prosperismus, Egalitarismus, Sozialismus oder Liberalismus beginnt sich erst zu klären, wenn man sie in ein Verhältnis zueinander setzt. Genau dies macht aber einen tieferliegenden Zusammenhang dieser Verteilungskriterien wahrscheinlich, der nur dadurch erhellte werden kann, dass man in ihren Begründungsverfahren nach jenen Strukturen forscht, die sie miteinander verbinden und somit das Gesamtgeschehen der Verteilungsgerechtigkeit ausmachen.


Diese Herangehensweise bringt es auch mit sich, dass die Untersuchung insgesamt auf einem vergleichsweise abstrakten statt auf einem konkreten Diskussionsniveau ablaufen wird. Inzwischen entsteht in den Debatten vielfach der Eindruck, dass eine relevante Gerechtigkeitsdiskussion nur in engem Bezug auf anschauliche Verteilungsprobleme oder sogar ohne jeglichen Rekurs auf grundsätzliche Erörterungen stattfinden könne. Jener Auffassung nach kann die Auswahl von Verteilungskriterien und die Heranziehung von Begründungsverfahren überhaupt nur substantielle Resultate hervorbringen, wenn sie, zumindest teilweise oder gar ausschließlich, mit direktem Blick auf die in Frage stehenden Güter und die betroffenen Teilnehmer vollzogen wird. Demgegenüber folgt diese Arbeit dem Gedanken, dass, wenn eine gehaltvolle ethische Diskussion stattfinden soll, auch auf

Vielleicht kann der Philosoph somit Strukturen identifizieren, welche die Gerechtigkeitsdebatte durchgehend prägen und zur Orientierung in der Diskussion hilfreich sind, indem er die dort herrschende Vielfalt aufschlussreich ordnet und gehaltvoll erklärt. Vielleicht kann er sich mit Hilfe einer solchen Strukturierung auch in die Lage versetzen, an inhaltlichen Diskussionen um angemessene Verteilungskriterien mit dem Wissen seiner Profession teilzunehmen, statt allein deren partizipative Rahmenbedingungen zu überwachen oder gar auf nicht weiter begründbare Glaubensüberzeugungen zu verweisen. Es mag sein, dass kein festes Verteilungskriterium und auch keine feste Kriterienkombination für alle Fälle angemessen ist, dass der Philosoph somit keine distributive Regel als allein maßgeblich herleiten und damit alle weiteren Verteilungsdebatten für überflüssig erklären kann. Aber es mag dennoch sein, dass er aus dem Zusammenhang der distributiven Begründungsverfahren jene zentralen Gründe herauslesen kann, welche die stets demokratisch zu treffenden Verteilungsentscheidungen leiten sollten.

Um eine solche Strukturierung leisten zu können, ist es angezeigt, sich zunächst Aufschluss zu verschaffen, wie die Verteilungsgerechtigkeit in den Gesamtzusammenhang ethischer Fragestellungen eingebettet ist. Denn erstens verlangt der Versuch, einen Gegenstand genauer zu erfassen, auch die Klärung der Grenzen, in denen er sich bewegt. Und zweitens kann nicht ausgeschlossen werden, dass bestimmte Argumentationsformen, denen man im Feld der Verteilungsgerechtigkeit begegnet, in spezifischer Weise auf die umliegenden ethischen Bereiche Bezug nehmen. Daher wird das folgende Kapitel sich zunächst damit beschäftigen, einen sehr groben Überblick über das Feld der Ethik zu geben und insbesondere die Begriffe der Gerechtigkeit und der Verteilungsgerechtigkeit darin einzuordnen, ehe das anschließende Kapitel dann den systematischen Leitfaden entwickeln wird, dem das Buch im weiteren Verlauf folgt.
2

DIE EINORDNUNG DES THEMAS


Es wird für das weitere Vorgehen hilfreich sein, die spezielle Frage einer gerechten Verteilung in den allgemeinen Zusammenhang ethischer Themenfelder einzuordnen. Insbesondere eine sorgfältige Unterscheidung zwischen individuell-ethischen und kollektiv-ethischen Normgebieten wird wichtig sein, um das Problem der Verteilungsgerechtigkeit korrekt zu erfassen. Nur auf dieser Grundlage kann es gelingen, distributive Fragen in ihrem besonderen Charakter als Teilbereich der politischen Ethik zu verstehen und abzugrenzen.1 Fruchtbar für dieses Vorhaben sind die Ordnungsbegriffe der Rechte und der Pflichten, anhand derer sich zunächst die vor allem von Kant exponierte Stufung in Rechtspflichten und Tugendpflichten darstellen lässt. Dabei sind Rechtspflichten definiert als Pflichten, denen korrespondierende Rechte gegenüberstehen. Hingegen stel-

Die Einordnung des Themas

Wo die Trennlinie dieser beiden Stufen genau verläuft, ist eine Einschätzung, in welcher einzelne moralische Positionen zuweilen erheblich divergieren. So gibt es abweichende Auffassungen, ob es eine Rechtspflicht oder nur eine Tugendpflicht darstellt, jemanden in bestimmten Schicksalslagen individuell zu unterstützen oder für gewisse Benachteiligungen kollektiv zu kompensieren. Dass diese beiden Stufen sinnvoll unterschieden werden können, ist allerdings eine Erkenntnis, die theoretisch überragend für die ethische Betrachtung gültig und hilfreich ist. Insbesondere liefert sie das begriffliche Rüstzeug, um Gerechtigkeit von anderen Moralbereichen abzugrenzen, denn Gerechtigkeit wird sich am stimmigsten als ein Untersektor der Rechtspflichten charakterisieren lassen.


Die folgenden Überlegungen nehmen nicht in Anspruch, alle Differenzierungen der diskutierten Moralbereiche vollständig wiedergeben. Es wird lediglich eine grobe Zuordnung der zentralen Begriffe angestrebt, die vor allem für die spätere Fokussierung auf die distributive Gerechtigkeit nützlich sein wird. Daher ist nicht ausgeschlossen, dass manche der Darstellungen im Einzelfall genauen Erläuterungen oder gelegentlichen Ergänzungen zu unterziehen wären. Für eine grundsätzliche Orientierung scheint es jedoch ausreichend, die nachstehenden Charakterisierungen der verschiedenen Moralbereiche und ihrer normativen Verhältnisse zugrunde zu legen.

---


4 Ebd., Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre, A 32.
(1) Es ist systematisch günstig, als Ausgangspunkt der Betrachtung die individuellen Rechte zu wählen und zu fragen, welche verschiedenen Typen von Pflichten die einzelnen Arten dieser Rechte begründen. Insbesondere wird sich so ergeben, dass zwischen individuellen Rechtspflichten und kollektiven Rechtspflichten zu unterscheiden ist, die jeweils aus individuellen Rechten entspringen können.

(a) Manche individuellen Rechte führen dazu, dass korrespondierende individuelle Pflichten zu ihrer Beachtung bzw. Erfüllung entstehen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Unterteilung der individuellen Rechte in negative Abwehrrechte und positive Anspruchsrechte, für welche jeweils spezifische Abwägungsbeziehungen gelten.


5 Beispielsweise ist die Freiheit des einen zu ungehindertem Zugewinn durch die Freiheit des anderen von ungewolltem Verlust begrenzt, sofern es in beiden Fällen lediglich um den gleichenartigen bedeutsamen Besitz einer Sache geht. Hingegen kann die Freiheit zu beruflicher Betätigung die Freiheit von entstehender Belästigung überwiegen, wenn hierbei unterschiedlich gewichtige Aspekte für die beiden Betroffenen auf dem Spiel stehen.


---

\(^6\) Beispielsweise wird ein Anspruch auf Nothilfe gegenüber einem Anspruch auf Vertragserfüllung nachzuordnen sein, wenn die jeweilige Nichtbeachtung lediglich vergleichbare finanzielle Einbußen für die Betroffenen mit sich brächte. Hingegen wird der Anspruch auf Hilfeleistung in einer Lebensgefahr den Anspruch auf Fürsorgeleistung innerhalb von Familienstrukturen überwiegen, sofern bei der letzteren keine ähnlich gartete Bedrohung vorliegt.
Einführung

26

und Anspruchsrechte, und anders als im Verhältnis zwischen Rechtspflichten und Tugendpflichten, handelt es sich hierbei statt um eine qualitative Vorrangordnung lediglich um eine quantitative Ausgangsdifferenz, die sich mit Blick auf die Bedeutung der in Frage stehenden Entitäten in der konkreten Abwägung auch umkehren kann. So ist die Tötung einer unbeteiligten Person, die der Rettung eines anderen Lebens dienen soll, sicherlich unzulässig, weil hier ein Abwehrrecht zugunsten eines gleich gewichtigen Anspruchsrechts verletzt würde. Doch kann ein Eingriff in marginales Eigentum, welcher der Abhilfe einer existentiellen Notlage dient, durchaus zulässig und auch geboten sein, da hier Abwehrrechte zugunsten von weit beachtliecheren Anspruchsrechten hintangestellt werden.

Mithin gilt für den gesamten Bereich der individuellen Rechtspflichten, dass unterschiedliche Rechtstypen in bestimmten Ausgangsbilanzen zueinander stehen, die aber erst in dem Moment in endgültige Vorrangordnungen übergehen, wo die jeweilige Betroffenheitstiefe der Involvierten erhoben wird. Indessen sind jene Vorrangordnungen zwischen ungleichartigen Rechten, die angesichts ihrer Abhängigkeit von der Betroffenheitstiefe allein quantitativ Art sind, ihrerseits stabil gegenüber Verschiebungen in der Betroffenenanzahl, die in einem anderen Sinne ebenfalls quantitativ genannt werden können. Ist etwa das Abwehrrecht der einen Person gegenüber dem Anspruchsrecht einer anderen Person vorzuschieben, weil die Betroffenheitstiefe jeweils gleich ist, so bleibt diese Bilanz unverändert, auch wenn nur eine einzige Person aktiv beeinträchtigt werden soll und sehr viele andere Personen davon reziprok profitieren könnten. Hierin kommt zum Ausdruck, dass zwar zuweilen zwischen unterschiedlichen Rechten und ihren normativen Bedeutungen abgewogen werden muss, dass es aber nicht statthaft sein kann, das spezifische Recht des einen gegen die ungleichartigen Rechte anderer aufzurichten.

(b) Individuelle Rechte können indessen nicht nur individuelle Pflichten, sondern zuweilen auch kollektive Pflichten begründen. Solche primär an die Gemeinschaft adressierten individuellen Rechte sind manchmal abgeleiteter Natur und manchmal unmittelbarer Natur, und in beiden Fällen muss die Gemeinschaft ihren hieraus entspringenden Pflichten durch Errichtung und Unterhalt geeigneter Funktions- und Kontrollsysteme nachkommen.

Die bisher betrachteten negativen Abwehrrechte und positiven Anspruchsrechte sind universell bzw. speziell gegen andere Individuen gerichtet, und ihre genaue Abwägung im Konflikt- bzw. Konkurrenzfall begründet beim Adressaten eine primäre individuelle Rechtspflicht, sich dieser Bilanz zu fügen, also die unmittelbar gegen ihn gerichteten Abwehrrechte oder Anspruchsrechte zu befriedigen und sein eigenes unterlegenes Recht hintanzustellen. Darüber hinaus aber begründet diese Abwägung beim Überlegenen ein weiteres Recht, nämlich ein abgeleitetes Anspruchsrecht darauf, dass die Umsetzung dieser Bilanz auch gewährleistet wird und Übertretungen nach Möglichkeit verhindert werden, wofür es geeigneter Aufsichts- und Kontrollsysteme zur Sicherung seiner universell bzw. speziell zu
2. Die Einordnung des Themas

respektierenden Rechte bedarf. Die Pflichten zum Aufbau und Betrieb solcher Systeme liegen aber primär nicht bei sämtlichen oder bei bestimmten anderen Individuen, sondern beim Kollektiv. So korrespondiert dem individuellen Recht auf körperliche Unversehrtheit primär weder eine universelle noch eine spezielle individuelle Pflicht, umfassenden Schutz gegen physische Übergriffe zu gewähren. Ebenso korrespondiert dem individuellen Recht auf vertragliche Treue primär weder eine universelle noch eine spezielle individuelle Pflicht, generell Einhaltungen kommerzieller Abkommen zu überwachen. Vielmehr besteht eine primär kollektive Rechtspflicht, solche Schutz- und Einhaltungssysteme zu errichten und zu unterhalten und mit ihnen die betroffenen Rechte gemäß deren internen Abwägungen zu sichern. Freilich ergeben sich hierdurch bei manchen Individuen auch wieder unmittelbare Abwehrrechte, die jetzt nicht mehr universell gegen Beeinträchtigungen durch Einzelne, sondern gezielt gegen solche Aktivitäten des Kollektivs gerichtet sind, insofern diese ihrerseits die Freiheiten bestimmter Personen beschränken können. Und indem nun die unmittelbaren Abwehrrechte gegen solche Freiheitsbeschneidungen mit den abgeleiteten Anspruchsrechten auf die benötigten Aufsichtsleistungen abzuwägen sind, gelten die gleichen Überlegungen zur Ausgangsbilanz von Anspruchsrechten und Abwehrrechten, zur Abhängigkeit von der Betroffenheitsstiefe sowie zur Unabhängigkeit von der Betroffenenanzahl, die schon oben bei den individuellen Rechtspflichten skizziert wurden. So hat zunächst der Unterlegene einer individuellen Rechtsbilanz ein unmittelbares Abwehrrecht gegen die Wirkung jenes Aufsichtsystems, das seine Eingriffs- oder Handlungsfreiheit beeinträchtigt, indem es gegen ihn vorgeht bzw. vorzugehen bereit ist und entsprechend Gewalt oder Zwang gegen ihn ausübt, um die gegebene Rechtsbilanz durchzusetzen. Zwar wird dieses unmittelbare Abwehrrecht des Unterlegenen gegen das abgeleitete Anspruchsrecht des Überlegenen nachzuordnen sein, jedenfalls was die grundsätzliche ihm auferlegte Beschränkung seiner Freiheit betrifft, eben weil schon auf der individuellen Ebene sein Recht gegen das Recht des anderen unterlag und jene vorausliegende Rechtsbilanz in die Betroffenheiten für die kollektive Abwägung einzurechnen ist, dahingehend dass man statt von bloßen Belastungen oder Vorteilen von der Unterbindung drohenden Unrechts bzw. von der Gewährleistung legitimer Interessen spricht. Aber ungeachtet dessen ist das Recht des Unterlegenen immer noch als normatives Gegengewicht in die kollektive Betrachtung einzubeziehen, ebenso wie dies bereits bei der individuellen Gegenüberstellung der Fall war, und kann insbesondere wichtig werden, um die Verhältnismäßigkeit der gegen ihn ergriffenen Maßnahmen sicherzustellen. Zudem haben Dritte ein unmittelbares Abwehrrecht dagegen, dass ihre Eingriffsfreiheit verletzt wird, indem bestimmte Ressourcen von ihnen zur Finanzierung jener Aufsichtssysteme zwangsweise eingezogen werden, was in der Regel unabhängig ist. Aufsichtssysteme bedürfen der Bereitstellung entsprechender Mittel und der Schaffung geeigneter Anreiz- und Sanktionsstrukturen, damit genügend Beteiligte sich wirkungsvoll in dem hinreichend ausge-
Einführung


2. Die Einordnung des Themas

Einführung

jeweiligen Betroffenheiten. Nur sekundärer Art sind wiederum die Pflichten der Individuen, diese Versorgungssysteme im Normalfall durch Abgaben oder im Krisenfall durch Verfügbarmachung und Teilnahme zu unterstützen, während sie keine primäre Pflicht haben, die entsprechenden Leistungen direkt zu übertragen. Und ebenfalls entstehen hier, aufgrund geeigneter Institutionalisierungen, allein sekundäre Pflichten für die Angehörigen solcher Systeme, deren Inhalt sich aus den Aufgaben des gegebenen Systems herleitet. 8


8 Auch für Beteiligte dieser Systeme gilt mithin, dass sie grundsätzlich zweierlei Pflichten zu beachten haben. Einerseits können für sie all jene universellen oder speziellen individuellen Pflichten, denen sie auch außerhalb des Systems begegnen, eine systemspezifische Gestalt annehmen, als primäre Pflichten angesehen ihrer Tätigkeit im System. So gewinnen für Ärzte in Forschungseinrichtungen das Abwehrrecht auf psychophysische Unversehrtheit sowie das Anspruchsrecht auf beziehungskonforme Unterstützung besondere Gestalten, die sich in den Pflichtkomplexen des Probandenschutzes bzw. der Patientenbetreuung niederschlagen. Überdies sind ihnen jedoch besondere individuelle Pflichten auferlegt, die keinerlei systemunabhängige Geltung haben, sondern erst aus den Aufgaben des Systems begründbar werden, als sekundäre Pflichten aufgrund ihres Eintritts in das System. So übernehmen Ärzte in Forschungseinrichtungen Pflichten der wissenschaftlichen Sorgfalt und Wahrhaftigkeit, die außerhalb des Systems hinfällig sind. Und wiederum wiegen die primären Pflichten schwerer als die sekundären Pflichten, was sich darin bestätigt, dass bei Verstößen gegen die ersteren der Vorwurf sich vorrangig gegen das Verhalten des individuellen Systembeteiligten richtet, während bei Verstößen gegen die letzteren die Kritik in erster Linie die kollektiv zu verantwortende Systemwirksamkeit mit Blick auf offenbar mangelnde Anreiz- und Sanktionsstrukturen betrifft.

\(c\) Diese grobe Skizzierung der Rechtspflichten beruht auf zwei zentralen Annahmen, nämlich zum einen dass Rechte stets individueller Art sind und zum anderen dass diese individuellen Rechte durchgängig auf zugehörige individuelle oder kollektive Pflichten verweisen. Sie ist folglich durch zwei Momente gekennzeichnet, die ihren Umfang und ihren Inhalt maßgeblich bestimmen.


\(^9\) Leider ist es ein häufiger Fehler in der Debatte, insbesondere Belange von Individuen, die als nutznießende nicht eindeutig *identifiziert* werden können oder die womöglich noch überhaupt nicht *existieren*, angesichts dieser Anonymität als Belange der Allgemeinheit darzustellen. Da solche kollektiven Belange indessen nicht den Status von Rechten haben könnten, hätte eine derartige Auf-


erfährt. Das Individuum ist demnach alleiniger Rechtsinhaber, aber nicht alleiniger Rechtsadressat, das Kollektiv trägt primäre Pflichten, aber keine primären Rechte.

(2) Der Bereich der Rechtspflichten ist dadurch charakterisiert, dass in ihm individuelle Rechte durchgängig auf Pflichten verweisen, die ihrerseits individueller oder kollektiver Art sein mögen. Demgegenüber kennzeichnet es den Bereich der Tugendpflichten, dass in ihm Pflichten ohne entsprechende Rechte bestehen, wobei diese Pflichten aber wiederum individuelle Tugendpflichten oder kollektive Tugendpflichten sein können.

(a) Individuelle Tugendpflichten bezeichnen insbesondere jenen Bereich individueller Moral, der mit dem Begriff der Wohltätigkeit umschrieben werden kann. Hierunter fallen schwerpunktmäßig Handlungen der Hilfsbereitschaft oder Rücksichtnahme, der Höflichkeit oder Aufrichtigkeit, die durchaus Pflichtcharakter haben mögen, die aber auf keinen Rechtsanspruch anderer zurückgehen. Folglich eignet diesen individuellen Tugendpflichten ein systematisch schwächerer Status, als es bei den individuellen Rechtspflichten der Fall ist. Sobald es zu einem Konflikt zwischen wohltätigen Handlungen und möglichen Rechtspflichten käme, müsste den letzteren stets Vorrang eingeräumt werden, und überdies kann die Erfüllung individueller Tugendpflichten zwar moralisch anmahnbar, aber nicht rechtlich einklagbar sein bzw. eine Grundlage für die gewalt- oder zwangsausübende Tätigkeit von staatlichen Aufsichtssystemen bilden.11

Zuweilen wird die Auffassung vertreten, dass Tugendpflichten im Gegensatz zu Rechtspflichten weder zu einer bestimmten Zeit und gegenüber einer bestimmten Person noch zu allen Zeiten und gegenüber allen Personen gültig wären, sondern es stets dem Gudtükken des Betroffenen überließen, wann und wo er sie einlösen will. Allerdings werden Tugendpflichten zur Hilfsbereitschaft oder Rücksichtnahme oft bei ganz bestimmten Gelegenheiten relevant, und Tugendpflichten zur Höflichkeit oder Aufrichtigkeit sind grundsätzlich in allen Situationen verbindlich, und so mag die behauptete Offenheit tatsächlich eher die Ausnahme

11 Sogenanntes sitterwidriges Verhalten stellt sich zwar dem Inhalt nach in der Regel als ein Tätigsein dar, welches höchstens als Missachtung von Tugendpflichten einzustufen wäre, so dass zunächst nicht erkennbar ist, wie ein Verbot solchen Verhaltens gerechtfertigt werden könnte. Allerdings kann sitterwidriges Verhalten dem Vollzug nach durchaus eine Verletzung von Rechtspflichten einschließen, so dass es zum Gegenstand von Reglementierungen werden mag, da zu den Rechten anderer Menschen auch die ungestörte Verfolgung von privaten und regionalen Moralvorstellungen gehört und diese Verfolgung beeinträchtigt werden kann, wenn jenen Vorstellungen hinreichend aggressiv und öffentlich zuwidergehandelt wird. Die Sittenwidrigkeit würde hier also nicht unmittelbar die ethische Rechtfertigung bilden, um etwa eine bloße Tugendmissachtung rechtlich zu unterbinden, sondern wäre mittelbar die moralische Grundlage, um eine begangene Rechtsverletzung allererst zu konstatieren. Darüber hinaus kann der Staat tugendlosem Verhalten, wenn es tatsächlich niemandes Rechte beeinträchtigt und demzufolge nicht per Gesetz eingeschränkt werden darf, natürlich immer noch Förderung und Protektion entziehen, indem er etwa Finanzsubventionen oder Rechtsschutzgarantien für entsprechende Aktivitäten verweigert.
als die Regel sein, indem sie sich beispielsweise auf Akte anonymer Mildtätigkeit beschränkt. Übrigens könnte eine interessante individuelle Tugendpflicht darin liegen, sich zumindest durch Beteiligung an Wahlen, womöglich auch durch Kandidatur und Aufgabenübernahme in bestehenden partizipativen Strukturen zu engagieren und sich dafür einzusetzen, dass die Gemeinschaft ihre kollektiven Tugendpflichten und ihre kollektiven Rechtspflichten erfüllt. Auch könnte eine vergleichbare individuelle Tugendpflicht darin bestehen, angesichts besonderen Talents oder genossener Ausbildung eines der Aufsichts- oder Versorgungssysteme zu betreten, mit denen die Gemeinschaft ihren kollektiven Rechtspflichten nachkommt, und die dort wirksamen besonderen Gestalten von primären individuellen Rechtspflichten sowie die für das System Eigentümlichen sekundären individuellen Rechtspflichten zu übernehmen.\footnote{Neben den erwähnten wohltätigen Handlungen gegenüber anderen mögen insbesondere etwaige Pflichten gegen sich selbst, welche allein die persönliche Entwicklung betreffen, ohne irgendwelche Interessen Dritter zu berühren, zum Bestand der individuellen Tugendpflichten gehören.}

Angesichts dieser grundsätzlichen Abwägung liegt eben die Frage, welche Bereiche gesellschaftlicher Aktivität auf Rechtsansprüche zurückgehen und welche allein auf Tugendsaspekte replizieren, im Kernpunkt vieler politischer Debatten, insbesondere mit Blick auf den angemessenen Umfang und die verbindliche Finanzierung von Versorgungssystemen. Freilich spricht nichts dagegen, dass Investitionen in perfektionistische Bereiche, auch wenn sie bei direkter Konkurrenz zu Investitionen mit Rechtsanspruch hintangesetzt werden müssen und keinen Einzug von Steuern rechtfertigen können, immer noch als freiwillige Engagements auf privater Ebene oder ohne zwangsweise Finanzierung im öffentlichen Raum durchgeführt werden. Und möglicherweise lässt sich in gewissem Umfang glaubhaft machen, dass bestimmte gemeinschaftliche Investitionen als allseits gewünscht vorausgesetzt werden dürfen, so dass es vertretbar ist, die hierfür eingezogenen Steuern als eigentlich freiwillig entrichtete und lediglich aus pragmatischen Gründen zentral angesammelte Beiträge anzusehen. Angesichts der üblichen Divergenz von Wünschen bezüglich öffentlicher Projekte sollte man dieses Argument indessen nicht überdehnen, und wenn Steuerabgaben in der Tat zuweilen den Charakter der Freiwilligkeit tragen, so liegt dies wohl weniger an ihrer angeblichen Kongruenz mit allseitigen persönlichen Vorlieben als vielmehr an ihrer politischen Billigung durch bewusst partizipierende Bürger, welche die objektive Rechtsrelevanz gewisser kollektiver Projekte einsehen und deshalb die eigenen Beanspruchungen durch zwangsweisens Einzug akzeptieren.14

(c) Diese grobe Charakterisierung der Tugendpflichten beruht auf zwei fundamentalen Voraussetzungen, nämlich zum einen dass neben Pflichten mit korrespondierenden Rechten auch Pflichten ohne korrespondierende Rechte bestehen und zum anderen dass die letztgenannten gegenüber den erstgenannten einen systematisch nachrangigen Status haben. Sie legt daher zwei Aspekte zugrunde, welche die Abgrenzung bzw. die Hierarchisierung von Pflichttypen betreffen.

Erstens gilt, dass es zwar keine Rechte ohne Pflichten gibt, denn die stets individuellen Rechte begründen durchgehend Pflichten, sei es bei anderen Individuen oder sei es beim Kollektiv. Aber dennoch darf nicht übersehen werden, dass es sehr wohl Pflichten ohne Rechte gibt, dass also Gebotenes bestehen kann, das über das Einklagbare hinausgeht. Und diese Pflichten sind nicht allein individueller Art, indem einem Einzelnen wohltragige Zwecke zugemutet werden können, sondern ebenso kollektiver Art, indem einer Gemeinschaft perfektionistische Ziele auferlegt sein können. Dieser Gedanke einer nicht allein individuellen, sondern auch

14 Außer den skizzierten perfektionistischen Pflichten mögen auch fremdgerichtete Handlungen, welche sich nicht auf die gemeinschaftliche Selbstgestaltung beschränken, sondern auf die Belange Dritter bezogen sind, in den Bereich der kollektiven Tugendpflichten fallen.
kollektiven Verpflichtung, die über die Erfüllung von Rechten hinausgeht, darf als *translegalistische* Auffassung bezeichnet werden.\(^{15}\)


---

\(^{15}\) In historischer Perspektive werden die kulturellen und civilisatorischen Errungenschaften, die Gemeinschaften im Verlaufe ihrer Entwicklung hervorbringen, oft unterschiedlos als Fortschritte konzipiert, gleich ob sie sich auf die Ansprüche ihrer Mitglieder gründen oder nicht. Dies mag damit zusammenhängen, dass beide Arten von Errungenschaften zuweilen in enger kausaler Verknüpfung auftreten, indem beispielsweise die *rechtliche Emanzipation* einer Bevölkerungsgruppe dazu führt, dass auch die *perfekte Produktivität* einer Gemeinschaft steigt. In ethischer Perspektive ist jedoch ein erheblicher Unterschied zu machen zwischen denjenigen gesellschaftlichen Transformationen, welche *individuelle Rechte* befriedigen, und solchen, welche der kollektiven *Perfektionierung* dienen. Dies gilt insbesondere in den Fällen, wo beide Belange sich nicht kausal zueinander fügen, sondern in Konkurrenz zueinander geraten und wo entsprechend künstlerische oder wissenschaftliche Fortschritte nicht zu rechtfertigen sind, wenn dafür Aufsichts- oder Versorgungsleistungen vernachlässigt werden.

\(^{16}\) Erkennt man den qualitativen Vorrang von Rechtsbelangen gegenüber Tugendbelangen speziell im Bereich der kollektiven Pflichten an, so lässt sich hieraus ableiten, dass Tugendpflichten keine öffentlichen Reglementierungen begründen können, dass also individuelle Tugendpflichten nicht durch Verboten oder Vorschriften erzwungen werden dürfen und dass kollektive Tugendpflichten nicht auf der Grundlage von Steuereinzug verfolgt werden dürfen. Denn erstens würde die Gemeinschaft mit einer Regelung von individuellen Tugendfragen einen lediglich dem Tugendbereich zugehörigen Moralbestand sichern, und folglich ihrerseits *allenfalls* eine kollektive Tugendpflicht erfüllen, während sie zugleich mit der geschaffenen Beschränkung individueller Freiheit das unmittelbare Abwehrrecht eines Individuums gegen die Tätigkeit staatlicher Aufsichtssysteme beeinträchtigen, also *gewiss* eine kollektive Rechtspflicht verletzen und jener erstgenannten Tugendpflicht nachordnen würde, was gemäß Annahme nicht erlaubt wäre. Natürlich bliebe für den Einzelnen unverändert geboten, seine autonome Freiheitsausübung auf die Erfüllung seiner individuellen Tugendpflicht auszurichten, aber das Übergewicht seines persönlichen Freiheitsrechts würde bei ihm keine individuelle Rechtspflicht zu dieser Handlung entstehen lassen, so dass sich auch eine Intervention durch die Gemeinschaft legitimieren ließe. Zweitens würde die Gemeinschaft mit der Zwangsinfinzierung von kollektiven Tugendprojekten *voraussetzungsgemäß* eben nur einer kollektiven Tugendpflicht
Die Verbindung beider Positionen, der translegalistischen und der liberalen, lässt eine Sichtweise zum Verhältnis von Rechten und Pflichten entstehen, die in der zeitgenössischen politischen Ethik mittlerweile weitgehende Akzeptanz findet. Das Pflichtmäßige ist demzufolge ein Bereich, der mehr als allein das Rechtmäßige enthält, gesetzlich erzwingbar ist nur ein Teil dessen, was moralisch verbindlich ist.

(3) Der Bereich der Rechtspflichten umfasst das, was geboten und einklagbar ist, nämlich Pflichten mit Rechten. Der Bereich der Tugendpflichten besteht aus dem, was geboten und dennoch nicht einklagbar ist, nämlich aus Pflichten ohne Rechte. Als Drittes lässt sich der Bereich des Supererogatorischen definieren als das, was zwar moralisch gut, aber weder geboten noch einklagbar ist. Auch dieser Bereich, in dem also weder Pflichten noch Rechte herrschen, kennt wiederum eine individuelle und eine kollektive Ebene.

Das individuelle Supererogatorische bezeichnet persönliche Handlungen der Aufopferung oder der Zuvorkommenheit, die zwar unzweifelhaft als positiv einzuschätzen sind, die aber alle moralische Pflicht übersteigen. Während bereits individuelle Tugendpflichten nicht mit Mitteln der Gewalt oder des Zwangs durchgesetzt werden durften, so können derartige Aktionen nicht einmal Gegenstand des Vorwurfs sein, wenn sie ausbleiben. Das kollektive Supererogatorische stellt analog gemeinschaftliche Handlungen des Engagements oder der Hinwendung dar, die zwar als positiv zu gelten hätten, aber wiederum jenseits jedes verpflichtenden Konzepts liegen. Offensichtlich dürfen Einzelmite durch die Gemeinschaft nicht genötigt werden, an solchen Aktionen mitzuwirken, weniger noch als bei kollektiven Tugendpflichten.


Die obige Einteilung des ethischen Feldes soll nun dafür genutzt werden, sich über den Begriff der Gerechtigkeit und seine verschiedenen Gegenstandsbereiche genauer Aufschluss zu verschaffen, vor allem im Hinblick auf eine stimmige Verortung der Verteilungsgerechtigkeit. Da entsprechende Überlegungen bereits in der antiken Ethik zu finden sind und hierbei insbesondere die aristotelischen Vorgaben die heutige Diskussion noch vielfach prägen, werden die erhaltenen nachkommen, während sie zugleich mit dem Eingriff in individuelles Eigentum das unmittelbare Abwehrrecht eines Individuums gegen die Tätigkeit staatlicher Versorgungssysteme beeinträchtigen würde, also wiederum eine kollektive Rechtspflicht verletzen und illegitimerweise jener erstgenannten Tugendpflicht nachordnen würde, die sie stattdessen ohne Zwangsmaßnahmen und allein durch Gestaltungsmaßnahmen zu verfolgen hätte.
Strukturen zu jenen Untergliederungen in Beziehung gesetzt, die Aristoteles am Begriff der Gerechtigkeit vornimmt.

(a) Im Bereich des Supererogatorischen kommt der Begriff der Gerechtigkeit für gewöhnlich nicht zur Anwendung, denn im allgemeinen Verständnis impliziert eine ungerechte Handlung stets, dass auch eine Pflicht verletzt worden ist. Der Aspekt des Gebotenseins ist zu unloslich im Begriff der Gerechtigkeit enthalten, als dass dieser sich auf das lediglich Gute, aber nicht Gebotene erstrecken könnte.


Für den Bereich der Rechtspflichten bietet sich der Begriff der Gerechtigkeit sehr viel nachdrücklicher an, und schon für die individuellen Rechtspflichten findet er zuweilen Anwendung. So führt Aristoteles als einen Bestandteil der *partikularen Gerechtigkeit* die *ausgleichende Gerechtigkeit* ein, die sich mit den Beziehungen der Einzelnen untereinander befasst.

18 Ebd., Buch V, Kap. 5, 1129b.
19 Ebd., Buch V, Kap. 3, 1129b, Buch V, Kap. 5, 1130b.
20 Ebd., Buch V, Kap. 4, 1130a–1130b.
21 Ebd., Buch V, Kap. 5, 1131a.
negativer Abwehrrechte im unfreiwilligen Verkehr, im anderen Bereich um die Respektierung positiver Anspruchsrechte im freiwilligen Verkehr.\footnote{22 Ebd., Buch V, Kap. 5, 1131a.}


Darüber hinaus wird die ausgleichende Gerechtigkeit zuweilen mit der *Strafgericht- rechtigkeit* (*iustitia retributiva*) in Zusammenhang gebracht, und dieser Terminus lässt sich tatsächlich mit dem Gesamtbereich der individuellen Rechtspflichten ver- mitteln. Denn er kann sich nicht nur auf Missachten positiver Anspruchsrechte erstrecken, um hier Strafbedarf zu markieren. Vielmehr kann er sich ebenso gut auf Beeinträchtigungen negativer Abwehrrechte beziehen, indem er entsprechende Übergriffe gleichfalls als straffähig kennzeichnet. Die hiermit hergestellte Verbin- dung der Strafgerichtigkeit zum Gesamtbereich der individuellen Rechtspflichten besteht nun freilich nicht in deren unmittelbarer Artikulation, sondern in der indirekten Festlegung von angemessenen Sanktionen im Falle ihrer Übertretung.

Diese Zuordnung würde Strafe nicht im pragmatischen Sinne *präventiv*, d.h. als Mittel zur Verhinderung künftiger Vergehen auffassen (sei es als Spezialpräven- tion, sei es als Generalprävention). Eine solche präventiv angelegte Strafe wäre als ein Bestandteil kollektiver Rechtspflichten zu betrachten, indem sie den Auf- sichtssystemen zum Schutz individueller abwehrrechtlicher Belange bzw. zur Ein- haltung individueller anspruchsrechtlicher Belange zugehört.\footnote{23} Demgegenüber würde Strafe in diesem Verständnis im engeren Sinne *retributiv*, d.h. als Form der Entgegennahme auf ein früheres Vergehen erscheinen (wäre also am Gedanken der Vergeltung orientiert, dem freilich gleichursprünglich und korrelierend auch der...
Gedanke der Vergebung zugehört). Eine solche retributiv verstandene Strafe ergibt sich als Derivat der individuellen Rechtspflichten, indem sie der Verletzung einer bestimmten individuellen Schuldigkeit als geeignete Replik zugeordnet wird. 24

Dabei scheint der präventive Aspekt auch nicht wirklich geeignet zu sein, den ethischen Kern des Strafgedankens trennscharf abzubilden. Denn zum einen muss nicht jede **Strafe** der **Verhinderung** dienen, ohne dass sie deshalb ihre Berechtigung oder Notwendigkeit einbüßen würde. Zumindest gravierende Vergehen scheinen nicht ungestraft hingenommen werden zu können, selbst wenn keine Wiederholungsgefahr durch den Täter oder Dritte besteht bzw. wenn kein Abwendungseffekt für gleiche oder ähnliche Delikte zu erwarten ist. Zum anderen muss **Strafe** stets ein **Übel** darstellen, was wiederrum nicht für jede Maßnahme der Verhinderung zutrifft. Schließlich lässt sich Prävention auch durch personbezogene Erziehung oder durch gegenstandsbezogene Absicherung bzw. sogar durch das alleinige Andrehen einer nie geplanten Maßregelung oder durch das bloße Vorspie- geln einer nie erfolgten Belangung erreichen, ohne dass es jeweils zur Verhängung eines Übels kommen müsste. 25 Somit dürfte die retributive Deutung von Strafe als verhängtes Übel für ein verübtes Vergehen sehr viel besser geeignet sein, ihren eigentlichen Sinn zu erfassen. Dafür hat sie größere Schwierigkeiten mit der

24 Daher entspringt ein retributives Strafmaß aus einer Überlegung, welche die **Schuldfähigkeit des Täters** mit der **Schwere seiner Rechtspflichtverletzung** verrechnet. Hierbei können je nach ethischer Primärperspektive in jene Schwere Aspekte der Handlungsmotivation, des Handlungstyps wie auch der Handlungskonsequenzen einfließen.

2. Die Einordnung des Themas

Frage, wer eigentlich ein hinreichend starkes *Anspruchsrecht* auf die *Ausübung* einer solchen Strafe haben sollte. Denn das mögliche emotionale Bedürfnis nach Vergeltung beim Opfer oder bei Dritten wird das Abwahrrecht des Gestraften gegen das ihm drohende Übel kaum je überwiegen können, und das etwaige moralische Gerechtigkeitsempfinden der Menschen muss seinerseits auf eine korrekte Bilanz der involvierten Rechte verweisen und kann sich nicht selbst als Abwägungsbestandteil anführen. Somit wäre Strafe zwar dem *Inhalt* nach stimmig als negatives Abbild versäumter individueller Rechtspflichten konzipiert, aber ihre *Ausübung* insbesondere innerhalb der kollektiven Rechtspflichten scheint sich schwer verankern zu lassen. Nachfolgend wäre auch nicht leicht zu beantworten, welchem gesellschaftlichen System die Verhängung solcher retributiver Strafe zu übertragen wäre.  

Mag der Begriff der Gerechtigkeit somit bereits hinsichtlich der individuellen Rechtspflichten von gewisser Bedeutung sein, so findet er auf die kollektiven Rechtspflichten wohl seine unstrittigste Anwendung. In diesem Zusammenhang führt Aristoteles als weiteren Bestandteil der *partikularen Gerechtigkeit* die *aus-teilende Gerechtigkeit* an, die auf die Verteilung verschiedener Güter unter die Staatsangehörigen bezogen ist. Zumindest nach heutigen Verständnis ist dies eine Aufgabe, welche den kollektiven Rechtspflichten zugehört. Im Rahmen von Aristoteles’ Ethik wird die austeilende Gerechtigkeit freilich demgegenüber als charakterliche Eigenschaft dargestellt, die dem einzelnen Gerechten eignet.  

---

26 Der präventive Aspekt findet hinreichend gewichtige Anspruchsrechte natürlich bei den Nutznießern seiner Verhinderungsbemühungen, während der retributive Aspekt, auch bei genauem Hinsehen, vielleicht keinen wirklich überzeugenden Kandidaten für einen durchschlagenden Rechtsanspruch auf Vergeltung ausmachen kann. Und so könnte es sein, dass präventiver und retributiver Aspekt, wenn man die Strafgerichtigkeit vollständig ausformuliert, in ein subtiles Verweisungsverhältnis zueinander treten. Der präventive Aspekt würde jene Anspruchssebenen eröffnen, welche allein die Beinbringung von Tätern entgegen deren Abwehrrechten begründen und damit die grundsätzliche Gerechtigkeit einer tatsächlichen Durchführung von Maßregelungen gewährleisten könnte. Der retributive Aspekt würde dafür trennscharf jene Unterscheidungen beisteuern, mit deren Hilfe allein Strafe von Schutzmaßnahmen ohne Übel oder gegen Unschuldige abzugrenzen ist und von denen auch der jeweilige Umfang von Maßregelungen zumindest teilweise abhängen müsste. Es soll hier nicht weiter untersucht werden, wie dieses Verweisungsverhältnis allgemein in seiner ethischen Struktur zu denken wäre oder wie beide Aspekte konkreter bei der moralischen Strafzumessung miteinander zu vermitteln sind. Es sei lediglich angemerkt, dass beide Logiken ihrerseits nicht mit dem Gedanken der Wiedergutmachung verwechselt werden dürfen. Denn Wiedergutmachung, verstanden als geschuldete Reparation eines verursachten Schadens, hat als solche überhaupt nichts mit Strafe zu tun, sondern bezeichnet eine kommunative Rechtspflicht aufgrund einer bestimmten Sozialbeziehung. Dabei ist diese Beziehung zu den punktuellen Sozialbeziehungen zu rechnen, was ihren praktischen Ursprung betrifft, dürfte aber allemal gleichrangig mit den dauerhaften Sozialbeziehungen sein, was ihre normative Verpflichtungsstärke anzeigt.

27 *Aristoteles*, *Nikomachische Ethik*, Buch V, Kap. 5, 1130b. 

28 Ebd., Buch V, Kap. 9, 1134a.
Betrachtet man indessen allein den von Aristoteles benannten Anwendungs-
bereich, so ist mit der austeilenden Gerechtigkeit das Konzept der Verteilungs-
gerechtigkeit (iusitia distributiva) benannt. Dabei geht es nicht um die Vergabe
von Gütern im privaten Verkehr und damit um individuelle Rechtspflichten des
kommutativen Typs, sondern um die Verteilung öffentlicher Güter und mithin
um die Wahrnehmung kollektiver Rechtspflichten ganz eigener Art. Zugleich
muss festgehalten werden, dass hiermit nur ein Teilbereich der kollektiven Recht-
spflichten benannt ist. Zwar lässt sich die Tätigkeit der Versorgungssysteme als
Verteilung verstehen, jedenfalls wenn man von Aristoteles’ Erwähnung der Ehre
als zu verteilendes Gut einmal absieht. Es scheint aber kaum angemessen, auch
die Tätigkeit der Aufsichtssysteme unter den Verteilungsbegriff zu subsumieren.
Allenfalls könnte man in ihn jene Abwägungsfragen einschließen, die bei der
Aufteilung von Gemeineigentum eben auf die beiden verschiedenen Systemty-
pen entstehen mögen. Dem modernen Sprachgebrauch scheint es allerdings mehr
to entsprechen, den Bereich der freihheits- und gütersichernden Aufsichtssysteme
mit dem Begriff der administrativen Gerechtigkeit zu versehen und hierdurch ihre
regulierende Aufgabe mit Blick auf die Rechtsverhältnisse zwischen den Indivi-
duen zu kennzeichnen. Demgegenüber wäre es der Bereich der güterschaffenden
Versorgungssysteme, für den der Begriff der distributiven Gerechtigkeit im Sinne
der Ausgabe von gemeinschaftlichen Gütern an die Mitglieder einer Gesellschaft
reserviert bliebe.

(b) Mit dem Konzept der distributiven Gerechtigkeit ist das Thema dieser
Untersuchung wiedergefunden, nämlich die Frage der gerechten Verteilung von
Gütern auf verschiedene Teilnehmer einer Gemeinschaft. Diese Begriffsbestim-
mung von Verteilungsgerechtigkeit als Teilbereich der kollektiven Rechtspflich-
ten lässt unbenommen, dass auch Individuen gelegentlich in Verteilungssituation-
en stehen oder dass Verteilungsfragen zuweilen allein Tugendaspekte betreffen
mögen. Auch können in diesen Bereichen natürlich ähnliche Verteilungskriterien
erwogen und angewandt werden wie jene, die für die kollektive Verteilung durch
Versorgungssysteme maßgeblich sind und die im Ersten Teil dieser Arbeit genauer
vorgestellt werden. Aber im Fall der Individuen würde man sich bei solchen Ver-
teilungen höchststens in dem durch besondere Sozialbeziehungen geprägten Bereich
der kommutativen Gerechtigkeit behinden, und im Fall der Tugendaspekte hätte
man es aufgrund der fehlenden korrespondierenden Rechte überhaupt nicht mit
einem Problem der Gerechtigkeit zu tun. Angesichts dieser abweichenden norma-
tiven Bezüge müsste in beiden Fällen insbesondere auf ganz andere Begründungs-
verfahren zurückgegriffen werden als auf jene, die bei der Verteilungsgerechtigkeit
einschlägig sind und die im Zweiten Teil dieser Arbeit ausführlich diskutiert wer-
den. Die obigen allgemeinen Betrachtungen zu den kollektiven Rechtspflichten
haben dabei bereits zwei Einsichten eröffnet, welche für die weitere spezielle
Untersuchung von Verteilungskriterien und Begründungsverfahren der distribu-
tiven Gerechtigkeit bedeutsam sind.


Die vorgetragenen Klassifizierungen sind zum Zweck der Übersicht in folgendem Schema noch einmal zusammengetragen. In ihrer zunehmenden Spezifizierung markieren sie zuletzt insbesondere den Bereich der Verteilungsgerechtigkeit als Untersektor der kollektiven Rechtspflichten.
Einführung

<table>
<thead>
<tr>
<th>Supererogatorisches:</th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Gutes ohne Pflicht (gut, aber nicht geboten und nicht einklagbar)</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Tugendpflichten und Rechtspflichten:</th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Gutes mit Pflicht (gut und geboten, teilweise einklagbar)</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Tugendpflichten:</th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Pflichten ohne Rechte (gut und geboten, aber nicht einklagbar)</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>individuelle Tugendpflichten:</th>
<th>kollektive Tugendpflichten:</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Wohltätigkeit</td>
<td>Perfektionismus</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Rechtspflichten:</th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Pflichten mit Rechten (gut und geboten, zudem auch einklagbar)</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>individuelle Rechtspflichten:</th>
<th>kollektive Rechtspflichten:</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Schuldigkeit</td>
<td>Gerechtigkeit</td>
</tr>
<tr>
<td>(jeweils Strafgerechtigkeit bei Verletzung)</td>
<td>(unter Beachtung unmittelbarer Abwehrrechte)</td>
</tr>
<tr>
<td>universelle Pflichten zur Beachtung negativer Abwehrrechte:</td>
<td>abgeleitete Pflichten zur Schaffung von Aufsichtssystemen:</td>
</tr>
<tr>
<td>Respektierung von Freiheit (Freiheit von fremden Eingriffen, Freiheit zu eigenen Handlungen)</td>
<td>administrative Gerechtigkeit (Schutz für Abwehrrechte, Einhaltung für Anspruchsrechte)</td>
</tr>
<tr>
<td>spezifische Pflichten zur Beachtung positiver Anspruchsrechte:</td>
<td>unmittelbare Pflichten zur Schaffung von Versorgungssystemen:</td>
</tr>
<tr>
<td>Gewährung von Gütern (dauerhafte Sozialbeziehungen, punktuelle Sozialbeziehungen)</td>
<td>distributive Gerechtigkeit (materielle Produkte, immaterielle Leistungen)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

(c) Bisher sind im Verhältnis zwischen Individuum und Kollektiv abgeleitete und unmittelbare Anspruchsrechte gegen die Gemeinschaft erkennbar geworden, die ihre Systemaktivitäten begründen. Die unmittelbaren Anspruchsrechte auf Versorgungsleistungen entsprechen dabei dem, was in juristischen Grundrechtskonzeptionen meist als soziale Anspruchsrechte bezeichnet wird. Sodann sind unmittelbare Abwehrrechte gegen die Gemeinschaft sichtbar geworden, die jene Systemaktivitäten begrenzen. Diese unmittelbaren Abwehrrechte gegen die Wirkung und Finanzierung sowohl von Aufsichts- als auch von Versorgungssystemen entsprechen weitgehend dem, was in der juristischen Grundrechtsliteratur unter bürgerlichen Abwehrrechten verstanden wird. Hinzu kommen all die aufgewiesenen Rechte gegenüber anderen Individuen, die in juristischer Diktion allerdings nicht Grundrechte genannt werden. Demgegenüber fehlen in dem obigen Schema offenbar noch die politischen Partizipationsrechte, die das Individuum gegenüber dem Kollektiv geltend machen kann und die meist als drittes Glied neben sozialen Anspruchsrechten und bürgerlichen Abwehrrechten in die juristische Grundrechtstrias Eingang finden.
2. Die Einordnung des Themas


Obgleich im Folgenden allein der Bereich der distributiven Gerechtigkeit Thema ist, werden sich in manchen Argumentationslinien gelegentlich Bezüge zu anderen Sektoren des obigen Gesamtschemas ergeben, beispielsweise mit Blick auf die Bedeutung von Güterzuteilungen für Freiheitsaspekte. Auch Verweise auf Partizipationsrechte können dabei vorkommen, indem das Distributive zuweilen nicht allein Gegenstand des Partizipativen ist, sondern Güteranteile ihrerseits Auswirkungen auf Teilhabemöglichkeiten haben können.
3

DER ANSATZ DER UNTERSUCHUNG

Die obige Bestimmung der Verteilungsgerechtigkeit, als Bereich der kollektiven Rechtspflichten zur Güterversorgung, liefert noch keine Handhabung dafür, wie im Konkurrenzszenario zwischen den individuellen Anspruchsrechten auf solche Versorgungsleistungen abzuwägen ist. Diese Abwägung ist aber im Allgemeinen unerlässlich: Zwar mag es zuweilen gelingen, bestimmte geäußerte Güterwünsche vorab als im Grundsatz ungerechtfertigt zurückzuweisen, doch wird es darüber hinaus zumeist nötig sein, die verbleibenden tatsächlichen Anspruchsrechte in ein genaueres Verhältnis zueinander zu setzen. Denn in der Regel ist die Anzahl der Güter zu gering, um diesen Rechten allesamt bis zu ihrer subjektiven Sättigung zu entsprechen, und wie viele Güter stattdessen zu ihrer objektiven Befriedigung nötig wären, bestimmt sich gerade aus dem wechselseitigen Verhältnis jener Rechte zueinander.

Die genaue Festlegung der Güteranteile, gemäß jenem wechselseitigen Verhältnis zwischen den Anspruchsrechten der Teilnehmer, ist das Problem, für das die verschiedenen Theorien der Verteilungsgerechtigkeit eine Lösung suchen. In diesen Theorien lassen sich zumeist zwei Stufen unterscheiden: Zum einen schlagen sie ein Verteilungskriterium vor, oder auch eine Kombination solcher Kriterien, deren Aufgabe es ist, das korrekte Verhältnis der Rechte und damit die adäquate Distribution der Güter zu formulieren. Zum anderen entwickeln sie ein Begründungsverfahren, oder deuten es zumindest an, das dazu geeignet ist, das fragliche Kriterium bzw. die fragliche Kombination zu rechtfertigen.

Hierbei ergibt sich ein Problem, das oben bereits erwähnt wurde und das für Verteilungstheorien nicht ohne Brisanz ist. Es stellt sich nämlich die Frage, woher die zu verteilenden Güter eigentlich stammen sollen. Zwar können Güter manchmal auf kollektive Aktivitäten zurückgehen und als solche der Gemeinschaft direkt für die weitere Verteilung zur Verfügung stehen, wie etwa bei einer staatlichen Erschließung von Rohstoffen, und manchmal gehören Güter zunächst individuellen Mitgliedern und werden von diesen freivillig an die Gemeinschaft übergeben, wie etwa bei einer anonymen Spende von Organen. Aber in vielen Fällen gehören Güter zunächst einzelnen Mitgliedern und müssen sodann von diesen zwangweise eingezogen werden, vor allem in Form von Steuern oder Abgaben, um dann wieder an andere Teilnehmer ausgeteilt zu werden, womöglich
unter bestimmten Systemaufwendungen oder nach geeigneten Gütertransformationen. Die Festlegung, welcher Umfang an Gütern dabei von welchen Mitgliedern der Gemeinschaft eingezogen werden darf, erfordert eine Abwägung zwischen den unmittelbaren *Abwehrrechten* und den unmittelbaren *Anspruchsrechten*, die jeweils gegen einen solchen Einzug bzw. für die fragliche Verteilung sprechen. Diese Abwägung ist somit der eigentlichen Verteilungsgerechtigkeit vorgeordnet, welche sich darauf beschränkt, die letzteren genannten *Anspruchsrechte* untereinander ins Verhältnis zu setzen, also die gerechten Anteile aller Teilnehmer an einer als gegeben vorausgesetzten Gütermenge zu bestimmen.

Auch die vorliegende Studie versteht sich allein als Untersuchung zur Verteilungsgerechtigkeit, d.h. zur Frage einer gerechten Distribution gegebener Güter. Hingegen stellt sie die vorgeordnete Frage des Einzugs weitgehend zurück, thematisiert also nicht die Herkunft jener vergebenen Güter. Diese Restriktion rechtfertigt sich dadurch, dass, trotz aller pragmatischen Verknüpfung von Einzugs- und Verteilungsfrage, die letztere in ihrer rechtsethischen Formation ein eigenständiges *Problem* darstellt. Und die maßgeblichen Ansätze, die zur Beantwortung dieses *Problems* zur Verfügung stehen, sind von einer Art, die sich nicht ohne Weiteres auf die *andere Frage* ausdehnen lässt. Insbesondere ist es ratsam, die üblichen *Verteilungskriterien* eben auch nur als Kriterien für jenes engere Problem der Verteilung von gegebenem Gemeineigentum aufzufassen, statt sie unbeschwert auf die vorausliegende Frage des legitimen Einzugs von Privateigentum anzuwenden und dadurch dem Vorwurf auszusetzen, entweder radikalen Umverteilungsbestrebungen oder völligem Umverteilungsverzicht das Wort zu reden. Ebenso scheint das ethische Instrumentarium der einschlägigen *Begründungsverfahren*, selbst wenn diese Verfahren sich mitunter auf die vorgeordnete Einzugsfrage erstrecken oder gar noch weitere Teile der Kollektiv- oder Individual-Ethik abdecken wollen, seine größte argumentative Kraft zu entfalten, wenn man es systematisch auf das Verteilungsproblem konkurrierender Anspruchsrechte *beschränkt*.

(1) Wie eingangs erwähnt ist die gegenwärtige Diskussion der Verteilungsgerichtlichkeit durch eine Vielfalt widerstreitender Positionen gekennzeichnet, und zwar auf beiden genannten Ebenen, der Ebene der Kriterien und der Ebene der Begründungen. Mithin ist es eine naheliegende Frage, ob sich für diese Ebenen


2 Von der korrekten Feststellung, dass Eigentumsrechte prinzipiell der Abwägung offenstehen, folgt Stefan Gosepath fälschlich weiter, dass auch sie im Rahmen der *Verteilungsgerechtigkeit* behandelt werden könnten, dass also Güterallokationen stets dergestalt beurteilt werden dürften, als gingen sie aus einem *eigentumsfreien* Zustand hervor (S. Gosepath, Gleiche Gerechtigkeit. Grundlagen eines *liberalen* Egalitarismus, 220–223, 349f.).
gewisse maßgebliche Grundkonzepte finden lassen, die eine Entscheidung zwischen jenen divergierenden Auffassungen erlauben könnten.

In dieser Hinsicht bietet sich zunächst als formaler Gründeterminus derjenige des Anspruchs an, jedenfalls sofern man sich darauf einigt, hiermit nicht auf den individual-ethischen Bereich der kommutativen Güterbeziehungen abzuziehen, sondern den Begriff für den kollektiv-ethischen Bereich der distributiven Zusammenhänge zu reservieren. Eine Verteilung, so ließe sich behaupten, ist genau dann gerecht, wenn sie die Ansprüche der Teilnehmer berücksichtigt. Gerechte Verteilungskriterien würden Güterverteilungen vorschlagen, die an diesen Ansprüchen orientiert wären, angemessene Begründungsverfahren wären daran zu erkennen, dass sie in ihren Herleitungen auf diesen Begriff Bezug nehmen. Mithin würden Ansprüche angeben, welches Ergebnis die korrekte distributive Abwägung zwischen sämtlichen einzelnen Betroffenen hätte, während Anspruchsrechte die erst noch unabgewogenen Belange bezeichnen würden, die im Zustand der wechselseitigen Konkurrenz vorliegen.

Der Ansatz, Anspruch als Gründeterminus für eine gerechte Güterverteilung zu wählen, kann mit dem formalen Gerechtigkeitsprinzip identifiziert werden, jedem das Seine zuzuteilen. Wieder wäre lediglich hinzuzufügen, dass dieses Zuteilen nicht die Gütervergabe im Rahmen kommutativer Rechtspflichten von Individuen meinen würde, sondern die Güterverteilung im Rahmen distributiver Rechtspflichten, wie sie allein das Kollektiv betreffen. Außerdem wäre implizit mitgedacht, dass es überhaupt gelingen kann, eine in diesem Sinne gerechte Verteilungsform zu finden, oder vielleicht auch mehrere Formen, die jener Förderung entsprechen. Denn mit dem Vorsatz, jedem das Seine zuzuteilen, wird die distributive Aufgabe in einer Weise formuliert, die es als grundsätzlich möglich erscheinen lässt, die Konkurrenz der Anspruchsrechte in eine Konsistenz der Ansprüche zu überführen.

Allerdings erweist sich bald, dass mit der Einführung des Anspruchs begriffs für die Frage der Verteilungsgerechtigkeit kaum etwas gewonnen ist, denn der formale Begriff des Anspruchs ist offen dafür, eine materiale Ausfüllung gemäß den unterschiedlichsten Verteilungskriterien zu erhalten. Egalitäre, einseitige, prosperistische und liberalen 5, die alle dürfen sich ermutigen, in ihrem jeweiligen Kriterium die Ansprüche von Verteilungssubjekten korrekt dargestellt zu haben. Der gegenseitige Vorwurf, dies sei nicht geschehen, ließe sich schwerlich an dem Terminus als solchem entscheiden, sondern wäre an darüber hinausge-


4 Vgl. Aristoteles, Rhetorik, Buch I, Kap. 9, 1366b; Platon, Politik, Buch I, 332b–332c, Buch IV, 433e–433a. Die lateinische Formel suum cuique tribuere bzw. ius suum cuique tribuere findet sich etwa bei M.T. Cicero, De legibus, Liber I, § 6, 19; M.T. Cicero, De officiis, Liber I, § 5, 15; D. Ulpianus, Quae in primum digestorum librum migrarunt fragmenta, Liber I, Tit. 1, Fragn. 10.

5 Die Bezeichnungen und Bedeutungen der verschiedenen Verteilungskriterien werden im Ersten Teil der Arbeit genauer erläutert.
hende Erwägungen zu knüpfen. Auch die Behauptung, der Anspruchsbegriff stünde seiner Gestalt nach der situationsübergreifenden Herrschaft eines einzigen Kriteriums entgegen und verlange eine kontextabhängige Mischung verschiedener Verteilungsmöglichkeiten, stellt bereits eine spezielle Verwendung dieses Terminus dar, die über seinen ursprünglichen Bedeutungsgehalt hinausgeht.


Der Gedanke, Unparteilichkeit als Grundsatz einer gerechten Güterverteilung zu wählen, lässt sich mit dem formalen Gerechtigkeitsprinzip identifizieren, gleiche Fälle gleich zu behandeln. Wenn man diese Formulierung zugrunde legt, erhärtert sich zunächst der erwähnte Verdacht, dass Unparteilichkeit wahrscheinlich kein brauchbares Konzept wäre, um die kommutativen Rechtpflichten der Individuen zu regeln. Denn jene kommutativen Güterpflichten beruhen auf spezifischen sozialen Beziehungen, variieren also mit dem Standort des jeweils betrachteten Pflichtenträgers, selbst wenn die Eigenschaften der betrachteten potentiellen Rechtssubjekte völlig übereinstimmen, was es wenig plausibel erscheinen lässt, die entsprechend ungleich behandelten Personen als ihrerseits ungleiche Fälle zu bezeichnen. Für die distributiven Rechtpflichten des Kollektivs hingegen lässt sich allerdings behaupten, dass sie nur solchen Teilnehmern ungleiche Gütermengen zuweisen sollten, die ungleiche Fälle darstellen, und zwar in einem strengen Sinne, der von individuellen Positionierungen unabhängig ist.

8 Vgl. Aristoteles, Nikomacheische Ethik, Buch V, Kap. 6, 1131a; Aristoteles, Politik, Buch III, Kap. 9, 1280a, Buch III, Kap. 12, 1282b. Die lateinische Wendung de similibus simile iudicium bzw. de similibus ideo iudicium findet sich etwa bei Anselm von Canterbury, De conceptu virginali et de originali peccato, Cap. 28, 171; Thomas von Aquin, Quaestio disputata de spiritualibus creaturis, Art. 5, 58; Wilhelm von Ockham, Dialogus, Pars III, Tract. 1, Liber 2, Cap. 23, 201, Pars III, Tract. 1, Liber 2, Cap. 24, 201, Pars III, Tract. 1, Liber 4, Cap. 11, 224.
3. Der Ansatz der Untersuchung

Auch der Grundsatz der Unparteilichkeit scheint indessen kaum hilfreich zu sein, um zwischen den verschiedenen Begründungsverfahren und den aus ihnen resultierenden Verteilungskriterien zu entscheiden, denn das formale Prinzip der Unparteilichkeit kann von den gängigen Begründungsverfahren gleichermaßen beansprucht werden, und somit auch von sämtlichen hieraus entspringenden Verteilungskriterien. Egal ob Utilitaristen, Equalisten oder Kontraktualisten⁹, sie alle können behaupten, ihre Argumentationen und Forderungen unparteilich zu gestalten. Sie alle würden darauf beharren, dass ihre Verteilungsregeln gleiche Fälle gleich behandeln, und wären nur uneinig darüber, welche Fälle denn als gleich einzustufen sind und welche nicht. Entsprechend ist der Gedanke der Unparteilichkeit unter den Vertretern unterschiedlichster Verfahren und Kriterien weitgehend unkontrovers, indem übereinstimmend die Vermeidung von Willkür bzw. die Universalisierung von Vergaberegeln gefordert wird¹⁰, ohne dass dieser Konsens aber zu einer Annäherung führen würde, was die favorisierten Verfahren und Kriterien betrifft.

(2) Die genannte Formel, gleiche Fälle gleich zu behandeln, könnte sogar als gänzlich leer angesehen werden, insofern letztlich keine zwei Fälle jemals in allen Hinsichten völlig gleich sind. Wenn Parteilichkeit also nur in einer Ungleichbehandlung von Verteilungsteilnehmern bestünde, zwischen denen überhaupt keine Unterschiede auszumachen wären, dann ließe sich der Vorwurf der Parteilichkeit nicht allein bei sämtlichen Verteilungskriterien und Begründungsverfahren abwehren, die in der distributiven Diskussion gebräuchlich sind. Vielmehr würde er nun auch die kommutativen Rechtspflichten nicht länger treffen, indem man als Unterschiede eben die abweichenden Beziehungen zum jeweils betrachteten Austeilenden hernehmen, und könnte zuletzt sogar bei völlig beliebigen Verteilungen zurückgewiesen werden, indem man als Unterschiede notfalls die differierenden raumzeitlichen Koordinaten der einzelnen Verteilungsteilnehmer anführte. Nun lässt sich der Grundsatz der Unparteilichkeit aber enger auslegen, um den Bereich der Verteilungsgerechtigkeit zu leiten, nämlich dahingehend, dass er Verteilungen mit diskriminierender Gestalt ausschließen sollte. Als Diskriminierung lässt sich eine Ungleichbehandlung von Verteilungsteilnehmern verstehen, zwischen denen lediglich irrelevante Unterschiede ausgemacht werden können, d.h. solche, die mit einer öffentlichen Verteilungsktion in keinem sinnhaften Zusammenhang stehen. Hierzu können Unterschiede der Beziehung zu einem bestimmten individuellen Standort oder der Verortung im allgemeinen raumzeitlichen Gefüge sicherlich gerechnet werden, und darüber hinaus vielleicht auch solche der Behinderung oder des Alters, des Geschlechts oder der Rasse, die für Verteilungen womöglich ebenfalls keine Bedeutung haben sollten.

⁹ Die Ansätze und Inhalte der verschiedenen Begründungsverfahren werden im Zweiten Teil der Arbeit genauer nachgezeichnet.
¹⁰ Vgl. H. Frankfurt, Equality and Respect, 14, Note 3; R.M. Hare, Justice and Equality, 188, 191.
Fordert man also Unparteilichkeit nicht allein im Sinne einer Gleichbehandlung gleicher Fälle, sondern genauer als Nichtdiskriminierung, d.h. im Sinne einer Verteilung nach relevanten Gründen, so verspricht dies einen erheblichen Gewinn an inhaltlicher Bestimmtheit. Allerdings ist es keine leichte Aufgabe, die demgegenüber irrelevanten Gründe präzise zu kennzeichnen, um sie von der Festlegung der gleichen bzw. ungleichen Fälle auszuschließen, ohne dabei theorieexterne Ersichten vorauszusetzen oder regulungsuntaugliche Forderungen einzuführen.


Allerdings zeigt sich rasch, dass Überlegungen dieser Art auf der hier diskutierten theoretischen Ebene nicht die angestrebte klärende Funktion haben können. Vielmehr hängen sie ihrerseits von externen Erörterungen ab, die teils faktischer und teils normativer Art zu sein hätten. Erstens kann die Identifizierung gesellschaftlich benachteiligter oder bevorzugter Teilnehmer strittig sein, und mitunter kann der Vorwurf, eine bestimmte Verteilung sei einer diskriminierenden Einteilung gefolgt, sogar selbst überhaupt erst problematische Stigmatisierungen begründen und ausgrenzende Wirkungen entfalten. So mag das unterscheidende Merkmal der fraglichen Einzelnen oder Gruppen ursprünglich eher unbeachtet sein, etwa weil es keine dauerhafte Eigenschaft seiner Träger darstellt, so dass diese als gesellschaftliche Entitäten mit besonderer Sensibilität zunächst gar nicht existieren, sondern erst durch entsprechende Debatten als kritische Einheiten exponiert werden. Zweitens wird gerade bei strittig exponierten Gesellschaftsmitglie-

---


13 Beispielsweise muss ein Einzelner durchaus nicht von Beginn an nennenswerte Aufmerksamkeit als ‚der Behinderte‘ erregt haben, sondern mag erst durch intensive Erörterungen seines Status nachhaltig herausgestellt werden. Ähnlich sind ‚die Ältest‘ womöglich eine Gruppe ohne tatsächlich primäres
3. Der Ansatz der Untersuchung

dern die Frage virulent, ob ihre Stellung mit den zu verteilenden Gütern wirklich in keinem inneren Zusammenhang steht, so dass es weiterer Klärung bedürfte, ob nicht namentlich ihre Exposition selbst am Ende einen höchst relevanten Grund für eine distributive Spezialbehandlung anzeigt. Schließlich mag eben jenes Merkmal, das zu ihrer Bezeichnung verwendet wird, ein Argument dafür liefern, ihnen eine gesonderte Berücksichtigung bei der Verteilung zumindest bestimmter Güter zukommen zu lassen.¹⁴ In diesen Fragen wird deutlich, dass die skizzierte Auffassung von Diskriminierung sowohl in ihrer deskriptiven Zuschreibung, welche gesellschaftliche Position überhaupt Kandidat für einen irrelevanten Grund sein könnte, als auch in ihren moralischen Implikationen, ob es sich bei dieser Position denn tatsächlich um einen irrelevanten Grund handelt, auf externe Erwägungen inhaltlicher Art weiterverweist. Dies ist für distributive Überlegungen im Allgemeinen gewiss kein Nachteil, aber es zeigt, dass für die grundständige Entwicklung von Verteilungskriterien das vorgeschlagene Konzept wenig hilfreich wäre, da hier Überlegungen zu leisten sind, die fundamentalen Charakter haben, also konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen vorausliegen müssen und von keinen separaten verteilungstheoretischen Einschätzungen abhängig sein dürften.¹⁵


Allerdings ergeben sich auch hier Probleme, welche die Anwendung dieser Unterscheidung für eine systematische Beurteilung von distributiven Arrangements zuletzt untauglich machen. Denn die vorgeschlagene Differenzierung vermied zwar den motivationalen Hintergrund, nicht aber die regulative Verfasstheit von Verteilungen zu kritisieren. So mögen diskriminierende Verteilungsge-синнungen tatsächlich korrekt dadurch beschrieben sein, dass sie einen Einzeln oder eine Gruppe konkret, d.h. als ein Einzelding, ins Auge fassen. Diskriminie-


Einführung

...wäre somit in intensionaler Hinsicht ausgewiesen, als gezielte Bevorzugung oder Benachteiligung von Personen, die zwar vielleicht äußerlich anhand gewisser Merkmale identifiziert, aber eigentlich als gegebene Entitäten adressiert werden.\[16\] Indessen können die aufgrund solcher Gesinnungen angestrebbten Verteilungsformen stets erreicht werden, indem man statt jener Einzeldinge Universalien mit gleichem Umfang benennt, denn jeder Einzelbegriff lässt sich durch Allgemeinbegriffe ersetzen, die genau und nur auf den von ihm bezeichneten Gegenstand zutreffen. Folglich wäre in extensionaler Hinsicht eine Verteilung, die nach der vorgeschlagenen Abgrenzung als diskriminierend einzustufen wäre, nicht von einer Verteilung zu unterscheiden, die gemäß derselben Abgrenzung als nicht-diskriminierend gelten dürfte.\[17\] Dies bedeutet aber, dass jenes Verständnis von Diskriminierung, wie brauchbar es auch sein mag, um illegitime Absichten von Verteilungsinstanzen zu markieren, wozu zutreffend ist, um als regulativer Maßstab für Verteilungskriterien zu dienen. Denn diese sind allein dadurch definiert, welche Gestalt sie einer Verteilung geben, beziehen sich also nicht auf jene intensionale Differenz in der Ansprechweise, sondern lediglich auf die extensionale Ebene des Vollzugs, wo sie der gewünschten Vermeidung von Einzelbegriffen stets verlustfrei nachkommen können, durch Verwendung umfangsgleicher Allgemeinbegriffe.\[18\]


So geht zum einen der Gedanke der Unparteilichkeit bzw. Nichtdiskriminierung mit intuitiven Vorstellungen einher, gegenüber den Teilnehmern nicht

16 Beispielsweise mag sich ein sexistisches Motiv darin zum Ausdruck bringen, dass unter den Teilnehmern 'die Frau' als solche anvisiert wird. Ähnlich mag ein rassistisches Motiv seiner Natur nach darin bestehen, innerhalb einer Gemeinschaft 'die Farbigen' als solche wahrzunehmen.


18 Vgl. B. Gesang, Gerechtigkeitsutilitarismus, 31; R.M. Hare, Justice and Equality, 190f.; J.L. Mackie, Ethics. Inventing Right and Wrong, 84f.
3. Der Ansatz der Untersuchung

willkürlich zu agieren und die Verteilungsregel *universalisiert* zu gestalten. Zum anderen liegt die ethische Funktion von Verteilungskriterien darin, die *obersten* Prämisse in distributiven Syllogismen bzw. die *letzten* Gründe für distributive Entscheidungen bereitzustellen. Fügt man *beide Aspekte zusammen*, die Forde-

rung nach universalisierter Vergabe und den Status einer letzten Begründung, so liegt es nahe, dass Verteilungskriterien bei der Teilnehmerkennzeichnung möglichst große Entschädigung üben sollten. Hiervon wären Unterscheidungen ausgenom-

men, welche sich allein darauf beziehen, *welche differierenden Güteranteile in den zu beurteilenden Verteilungen selbst vorkommen*, da hierin statt irgendwelcher Eigenschaften der Teilnehmer lediglich die *untersuchten distributiven Optionen* selbst thematisiert würden. Ebenso blieben Unterscheidungen zulässig, die sich darauf stützen, *welche abweichende Moralität* die Teilnehmer aufweisen, da hier-durch Aspekte mit *unmittelbarer normativer Dignität* in die Verteilung einbezogen würden. Insgesamt käme man somit genau bei jener Einschränkung aus, die oben vorgeschlagen wurde, dass nämlich die Kennzeichnung von Teilnehmern allenfalls dadurch erfolgen darf, Güteranteile in den *verschiedenen möglichen Verteilungen* oder aber Teilnehmeregenschaften mit *originär moralischer Qualität* zu be-ne-


Folgt man dieser letzteren Deutung von Unparteilichkeit als Nichtdiskriminie-

rung, so sind in der Formulierung von Verteilungskriterien die Teilnehmer ent-

weder überhaupt nicht oder aber allein mit Hilfe von *prospektiv distributiven oder von aktual evaluativen Begriffen* explizit zu kennzeichnen. Hierbei scheint es sich um eine sehr strenge Auflage zu handeln, die womöglich eine Vielzahl von Ver-

teilungskriterien zurückzuweisen vermöchte. Und immerhin werden hierdurch nun endlich eindeutig jene Kennzeichnungen ausgeschlossen, die im Rahmen der *kommutativen Rechtspflichten* von Individuen vorzunehmen wären. Denn die dort maßgeblichen Unterscheidungen zwischen potentiellen Güterempfängern beru-

hen auf speziellen Sozialbeziehungen wie Vertragspartnerschaften, Familienbin-

dungen oder Notsituationen. Und diese führen explizite Grenzziehungen ein, die in der Tat weder prospektiv distributiver noch aktueller Art sind. 19

Somit würde sich in dieser Deutung bestätigen, dass Unparteilichkeit für die individual-ethischen Güterpflichten keine normative Maßgabe sein kann. 20 Von den

---

19 Schlieflich sind es aus Sicht des Pflichtenträgers allein die Partner seiner Verträge, die Angehörigen seiner Familie bzw. die Notfallopfer in seiner Nähe, die ihm jene speziellen Rechtsansprüche haben, und dieser jeweilige Ich-Bezug ist offensichtlich keine Kennzeichnung des genannten Typs.

20 Die kommunativen Güterpflichten sind gewiss universalisierbar im Sinne von allgemeingültig mit Blick auf ihren Subjektkreis, insofern ausnahmslos jedes Individuum seinen jeweiligen Rechtsinhabern gegenüber in der entsprechenden Weise Pflichtenträger ist, aber sie sind nicht universalisiert im Sinne
distributiven Rechtspflichten des Kollektivs hingegen lässt sich Unparteilichkeit in jenem strengen Sinne fordern, und man würde hoffen, mit dieser Einschränkung eine Auswahl treffen zu können zwischen den vielen Verteilungskriterien, die als Umsetzungen der kollektiv-ethischen Güterpflichten diskutiert werden. Ein Blick auf die Gesamtheit dieser Verteilungskriterien zeigt allerdings, dass immer noch keine Antwort gefunden ist, welches von ihnen das richtige ist, denn tatsächlich gehorchen sie alle der vorgeschlagenen Bedingung. Prosperismus, Egalitarismus, Majorismus, Aleatorismus und Liberalismus kennzeichnen die Verteilungs teilnehmer überhaupt nicht. 21 Der Sozialismus kennzeichnet sie durch Begriffe, die prospektiv distributiver Art sind, und Meritokratie und Aristokratie kennzeichnen sie durch Begriffe, die aktuell evaluativer Art sind. 22

Nun entstehen unter diesen vertrauten Verteilungskriterien immer noch höchst unterschiedliche Klassen von Teilnehmern, welche durch sie tatsächlich gleich behandelt werden, indem sie gleich viele Güter erhalten. Auch bei den ersten fünf Kriterien, die auf begriffliche Kennzeichnungen der Teilnehmer gänzlich verzichten, können gravierende Unterschiede zwischen den Empfängern wirksam werden und entsprechende Unterschiede in den Zuteilungen begründen. Denn selbst wenn man ein Kriterium verwendet, das in seiner Formulierung keinerlei explizite Grenzziehung zwischen den Teilnehmern vornimmt, können sich implizit aufgrund enthaltenen Güteranteil einer Fläche, die gleiche Fällen ergeben, welche dann gemäß dem Unparteilichkeitsgrundsatz tatsächlich gleich behandelt werden und gleich viele Güter erhalten. Und nur solch ein Erhalten gleich vieler Güter wird man im distributiven Bereich sinnvoll als das Vorliegen einer gleichen Behandlung akzeptieren können, entgegen etwa der Einschätzung, ein Kriterium behandle die Teilnehmer auch dann gleich, wenn es lediglich nicht explizit zwischen ihnen dif-

21 In all diesen Konzeptionen ist es überflüssig, die Verteilungsteilnehmer explizit zu unterscheiden. Kein weiteres einzel- oder gruppenspezifisches Merkmal muss erhoben werden, um sie zu unterscheiden. So hat jeder das gleiche Gewicht in der Gesamtsumme des Prosperismus, und jeder hat das gleiche Stimmrecht in der Mehrheitsentscheidung des Majorismus. Jeder erhält den gleichen Güteranteil beim Egalitarismus bzw. die gleichen Loschancen beim Aleatorismus, und jeder hat die gleichen Markenrechte beim Liberalismus.


Obwohl ein Kriterium also die Teilnehmer nicht direkt begrifflich unterscheidet, kann es sie durch seine Zustandsverrechnungen oder Verfahrensvorschriften immer noch unterschiedlich behandeln. Auch *ohne explizit* die Fälle benennen zu müssen, welche zwischen den Teilnehmern als gleiche Fälle angesehen werden sollen, können die Anleitungen eines Kriteriums *implizit* ungleiche Fälle schaffen und dadurch Unterschiede dahingehend begründen, wie viele Güter verschiedene Teilnehmer erhalten. Nur im Falle des Egalitarismus stellen die relevanten gleichen Fälle zuletzt tatsächlich sämtliche Teilnehmer dar, die entsprechend gleich zu behandeln und mit gleich vielen Gütern zu versehen sind. Denn nur bei ihm wird *sowohl* auf eine anfängliche implizite Grenzziehung, *als auch* auf eine weitere implizite Zustandsverrechnung oder Verfahrensvorschrift verzichtet, von welcher die
schließliche Güterzuteilung abhinge, und stattdessen wird unmittelbar gefordert, allen Teilnehmern gleich viele Güter zu geben.


23 Beispielsweise mag ‹der Behinderte› bei der Summen-Maximierung zwangsläufig einen geringeren Nutzenanteil trotz gleichen Gewichts erhalten, oder eine Berücksichtigung von Bedürftigkeit mag tendenziell ‹den Älteren› zugute kommen. Eine Vergabe gemäß Verdienst mag zufällig ‹die Frau› übergehen, oder ‹die Farbigen› mögen trotz gleichen Rechts zum Handel zufällig einen erhöhten Markterfolg haben.

24 Entsprechend wird es auch nur dann legitim sein, einer solchen kontingenten Korrelation durch eine *reverse discrimination* bzw. *affirmative action* bewusst entgegenzusteuern, wenn es sich ursprünglich um eine *kausale Korrelation* mit dem primären Verteilungsmodus handelt, diese *Korrelation selbst aber zweitens* allein aufgrund einer offensichtlich diskriminierenden Praxis in einer früheren Systemphase oder in einem benachbarten Systembereich zustande gekommen ist. Denn nur in diesem Fall kann die Korrelation *unmittelbar negative Relevanz* entfalten, indem sie *Symptom* einer vorausliegenden illegitimen Verteilungsweise ist, während sie oben noch *mittelbare positive Relevanz* hatte, indem sie als *Anhalt* für die anstehende gewünschte Verteilungsform herangezogen werden mochte. Beispielsweise kann eine fähigkeitsorientierte Auswahl unter Berufsbevölkerungen mit dem Geschlecht korrelieren, weil in dem bisherigen Arbeitssystem nach Geschlecht differenziert wurde und Frauen deshalb...
3. Der Ansatz der Untersuchung

Beim allen Kriterien einschließlich des Egalitarismus ist darüber hinaus damit zu rechnen, dass sich unterschiedliche Verteilungsvarianten je nach der verwendeten Güterebene ergeben. Denn eine Gleichbehandlung auf der einen Güterebene kann aufgrund gegebener Umstände dazu führen, dass auf einer anderen Güterebene eine Ungleichbehandlung entsteht. Hiermit erhebt sich die Frage, auf welcher Güterebene als der primär relevanten die gleiche Behandlung gleicher Fälle stattfinden soll und welche Güterebenen als nachgeordnete von möglicherweise abgeleiteten Unterscheidungen betroffen sein dürfen. Diese Frage wäre offenbar wiederum ein Aspekt der Überlegung, was bei einer Verteilung als ein relevanter Grund für eine Ungleichbehandlung gelten darf und welche Gesichtspunkte als irrelevant zurückgewiesen werden müssen. Und natürlich könnte es sein, dass sich mitunter im jeweiligen Anwendungsfall als geklärt voraussetzen lässt, welche Güterebene als die primäre gelten darf, aber gelegentlich wird sich der Disput gerade an diesem Problem entzünden. Auch könnte es sein, dass eine vorgeschlagene Ungleichbehandlung von Teilnehmern sich auf gar keine Gleichbehandlung auf einer anderen


Beispielsweise mag ›der Behinderte‹ einen gleichen Zugang zu Konsumgütern nur über eine bevorzugte Nutzung bestimmter Verkehrsmittel erhalten können, oder ›die Alten‹ mögen ein gleiches Maß an Mobilität nur über eine verstärkte Versorgung mit gewissen Gesundheitsgütern erreichen können. Ähnlich mag ›die Frau‹ bei gleichen Zuwendungen ein geringeres Belohnungsempfinden als gleich verdienstvoll ausbilden, oder ›die Farbigen‹ mögen mit gleichen Markterfolgen einen größeren Nutzenzuwachs als gleich erfolgreiche erzielen.
Güterebene zurückführen lässt, so dass sie in jedem Fall aus Sicht des jeweiligen Kriteriums illegitim wäre, aber damit bleibe die Frage der korrekten Güterebene und damit der richtigen Verteilungsform immer noch zu beantworten. 26


27 Es sind diese nachgeordneten Fragen, für deren Beantwortung dann soziologische und psychologische Erkenntnisse in der Tat wichtig werden können, also innerhalb des Rahmens, der durch das philosophische Konzept der Nichtdiskriminierung vorgezeichnet ist.
3. Der Ansatz der Untersuchung


Obwohl jenes philosophische Konzept von Nichtdiskriminierung also in sich schlüssig ist und eine sinnvolle Vorstrukturierung weiterer Fragestellungen leistet, ist ersichtlich geworden, dass auch mit ihm das Problem der Verteilungsgerechtigkeit noch lange nicht gelöst ist. Denn selbst wenn man die verbleibenden Fragestellungen nach kontingenten Korrelationen und angemessenen Güterebenen aus dem engeren Bereich der Gerechtigkeitstheorie ausklammert und weiteren Überlegungen empirischer und moralischer Art überträgt, so sieht man sich doch auch innerhalb der Gerechtigkeitstheorie immer noch einer Vielzahl von Verteilungskriterien und zugehörigen Begründungsverfahren gegenüber, die allesamt der aufgestellten Bedingung nachdiskriminierender Kennzeichnungen genügen. Der formale Grundsatz der Unparteilichkeit mag bestimmte Ungleichbehandlungen ablehnen, sofern sie an in seinem Sinne irrelevanten Kennzeichnungen festgemacht werden. Aber die verschiedenen Ansätze der Verteilungsgerechtigkeit machen immer noch einander widersprechende Vorschläge dafür, welche Unterscheidungen letztlich getroffen werden dürfen bzw. welche Gründe als rele-

28 In der praktischen Diskussion kann diese Beweislast natürlich umgekehrt und verlangt werden, dass die Nichtdiskriminierung einer Verteilungsregel nachgewiesen wird, indem der Zusammenhang mit einem nichtdiskriminierenden Verteilungskriterium gezeigt wird, ehe man die Regel in Erwägung zieht.
Einführung

vant und welche Gründe als irrelevant für differierende Güteranteile zu gelten haben.

Diese verbleibende Pluralität zeigt, dass die Frage der legitimen Verteilung noch nicht beantwortet ist, selbst wenn das Verbot der Diskriminierung in der skizzierten Weise philosophisch präzisiert wurde. Und es hat den Anschein, dass spätestens hier der Begriff der Unparteilichkeit ans Ende dessen gelangt ist, was er an Restriktion und damit an Klärung zu leisten vermag. Eine enge Auslegung als Nichtdiskriminierung mag noch in der Lage sein, gewisse Verteilungsformen aus formalen Gründen zurückzuweisen. Aber sie ist allem Anschein nach nicht imstande, zwischen den gebräuchlichen Kriterien und Begründungen innerhalb der Verteilungsgerechtigkeit zu entscheiden.


Dann können die erhaltenen und gegenläufigen Ergebnisse der verschiedenen Begründungsverfahren aber nur dadurch erklärt werden, dass sie in besonderer und unterschiedlicher Weise auf den Begriff der Unparteilichkeit rekurrieren. Und es wird die Aufgabe dieser Arbeit sein, ihre genauen und abweichenden Ausdeutungen von Unparteilichkeit sowie ihre hieraus resultierenden und divergierenden Ableitungen von Verteilungskriterien genauer zu beleuchten. Dabei geht es nicht darum, diese Ausdeutungen bzw. Ableitungen zu beurteilen, um letztlich zu entscheiden, welche von ihnen unbedingt und einzig legitim wäre. Es geht vielmehr darum, ihre je einzelne Gestalt nachzuzeichnen, um vertieft zu erkennen, welche
verschiedenen Auffassungen des Grundsatzes der Unparteilichkeit auf der Ebene der Begründungsverfahren überhaupt zur Verfügung stehen und wie sich aus diesen Auffassungen spezifische Verteilungskriterien gewinnen lassen.

Die Ausgangsvermutung für die folgenden Untersuchungen lautet daher, dass die verschiedenen Begründungsverfahren innerhalb der Verteilungsgerechtigkeit sich in unterschiedlicher Weise auf den formalen Grundsatz der Unparteilichkeit beziehen. Aus diesen abweichenden Bezügen gewinnen sie ihre divergierenden Verteilungskriterien, die sich dann wiederum als materiale Ausfüllungen des formalen Begriffs des Anspruchs verstehen lassen.


Es sind mithin Bilder der Gerechtigkeit, mit denen die unterschiedlichen Theorien distributiver Gerechtigkeit jeweils den Gedanken der Unparteilichkeit aufgreifen – spezifisch für das jeweilige Begründungsverfahren, dieses kennzeichnend und von anderen Ansätzen unterscheidend –, um ihn auf diese Weise in eine inhaltliche Norm zu überführen – auf ein jeweiliges Verteilungskriterium hinführend, dieses herleitend und gegen andere Entwürfe abgrenzend. Insbesondere erlauben diese Bilder der Gerechtigkeit, in den Gedanken der Unparteilichkeit ein Moment des Quantitativen einzubringen – d.h. in einem jeweils wohlbestimmten Sinne von geringerer oder größerer Unparteilichkeit zu sprechen, indem ein linearer Maßstab für diese geschaffen wird –, was die ursprüngliche Formel der Gleichbehandlung gleicher Fälle als solche nicht erlaubt – denn hier gibt es keinen eindeutigen Maßstab, keinen Nullpunkt und keinen Zielpunkt.

Eben diese quantitative Beweglichkeit, die der formale Begriff der Unparteilichkeit im Rahmen seiner jeweiligen Verbildlichung gewinnt, ist es, welche den zunächst überraschenden Übergang in ein materiales Verteilungskriterium ermöglicht. Denn die verschiedenen Größen, die dieses Konzept nun aufgrund seiner Quantifizierung annehmen kann, bilden gewissermaßen Punkte, die auf einer eindimensionalen Skala angeordnet sind. Und an jenen Punkten lassen sich in der Tat bestimmte Verteilungskriterien gewinnen, die sowohl für das gewählte Begründungsverfahren als auch für die fragliche Systemstelle spezifisch sind. Ein Bild der Gerechtigkeit verwandelt mithin den formalen Begriff der Unparteilichkeit in eine lineare Dimension, auf deren Abschnitten konkrete Kriterien als seine materialen Realisationen zu finden sind.

Dabei wird man tendenziell gewiss demjenigen Abschnitt den Vorzug geben, welcher im Kontext des gewählten Bildes eine maximale Unparteilichkeit repräsentiert.
Einführung


Es wird sich im weiteren Verlauf darüber hinaus zeigen, dass die Bilder der Gerechtigkeit wohl auch nur für den Gütersektor geeignet sind, während der Freiheitssektor ihnen weitgehend fremd bleibt. Wenn es um Abwehrrechte geht, entfaltet der bildhafte Zugang wenig klärende Kraft, und stattdessen ist hier offenbar genauere begriffliche Arbeit erforderlich. Weder Abstand noch Entkleidung noch Verhüllung erweisen sich als ausdifferenzierte Perspektiven für Freiheitsfragen, was übrigens bedeutet, dass sie auch zur Einzugsfrage leider nichts Vertrauenswürdiges beisteuern können. Zugleich ist diese Einschränkung insofern stimmpig, als der Freiheitssektor durch keine vergleichbare Kriterienvielfalt geprägt ist wie der Gütersektor, und gerade jene Vielfalt geht nach Überzeugung dieses Buches auf die Pluralität der Bilder und ihrer möglichen Punkte zurück.

Die Bilder der Gerechtigkeit treten somit als vermittelndes Element zwischen den übergreifenden Grundsatz der Unparteilichkeit, der Verteilungsgerechtigkeit formal charakterisiert, und die verschiedenen Varianten der Ansprüche, die Verteilungsgerechtigkeit material repräsentieren können. Indem sie jenem Grundsatz eine wohldefinierte Quantifizierbarkeit verleihen, geben sie ihm jene Bestimmtheit, derer er bedarf, um sich in konkreten distributiven Modi auszusprechen. Erst

Ziel des vorliegenden Buches ist es, auf der Grundlage dieser Idee den Raum der Verteilungsgerechtigkeit zu durchmessen und mit den Bildern der Unparteilichkeit die wesentlichen Zusammenhänge bloßzulegen, die in ihm wirksam sind. Dies wird geschehen, indem in einem Ersten Teil die Verteilungskriterien und in einem Zweiten Teil die Begründungsverfahren nachgezeichnet werden, die seinen Inhalt ausmachen bzw. seine Struktur bestimmen.